

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-71555](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-71555)

# Der Ammerländer

(Zeitsprecher Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Kaiserl. Postkasten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einpaltige Kleinzeile (ober deren Raum) für Auftraggeber aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingelesen. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagiatvorwürfe bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 4

Westerstede, Sonntag den 5. Januar 1919

59. Jahrgang

## Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

## Eintracht.

H. Die neue Revolutionsregierung im Reich ist mit sich selbst einig; vor dem Abschied der Unabhängigen war sie in zwei gleiche Hälften gespalten.

Als die Partei der Unabhängigen das Angebot der Mehrheitspartei annahm und mit dieser die Regierung gemeinsam antrat, ist das vor allem deshalb begründet worden, weil man von dieser Gemeinschaft der Regierung auch eine solche der beiden Parteien erwartete. Die Herstellung der Einheit der Sozialdemokratie lag nicht nur im Interesse der Partei, sondern ebenso in dem des öffentlichen Lebens in Deutschland, besonders der Festigkeit und Entwicklung der deutschen Republik. Im zerstückelten deutschen Parteienleben gibt es nur eine einzige, die stark und groß genug ist, der Republik als Fundament zu dienen, die Sozialdemokratie, die im Jahre 1912 über 4 Millionen Stimmen auf sich vereinigte. Sie war die natürliche Erbin des Zusammenbruchs. Um die neue Ordnung herzustellen, muß sie stark und einig sein.

Man hat sich ihre Voraussetzung nicht erfüllt, die man der Hoffnung der im Kriege getrennten Minderungen entgegenbrachte.

Die Partei der Unabhängigen war von Anfang an nur zum Teil bereit, in die Regierung einzutreten. Der andere Teil hatte früher eine so extreme Haltung eingenommen, daß mit ihm so wenig irgend eine Gemeinschaft möglich war, wie zwischen vernünftigen Menschen und Geisteskranken. Man mußte erwarten, daß sich dieser kleine Spartakusklub von den Unabhängigen trennen und diese dann gereinigt und geeinigt mit der Mehrheitspartei zusammenfassen würden. Die Spartakusleute, die — eine kleine aber verwegene Gruppe — haben sich allerdings von den Unabhängigen abgetrennt, aber diese zugleich von der Regierung, die sie mit der Mehrheitspartei gebildet haben.

Die Spaltung befreit zwar die Regierung von den inneren Hemmnissen, die aus dem Gegensatz in ihrer eigenen Mitte herorgingen, aber dafür taucht das neue Kollegium der Mehrheitspartei andere Schwierigkeiten ein, die ihre Stellung sehr belasten. Vor allem verschlechtert sich ihre Aussicht, in der Nationalversammlung eine Mehrheit hinter sich zu sammeln.

Wird dahin allerdings wird sie stark genug sein. Die vierzehn Tage, die uns noch von den Wahlen trennen wird die einheitliche Führung der Regierung das Auser wählen, um dem Volkswillen Geltung zu verschaffen.

Die jetzt regierenden Männer haben das Verdienst, diesen Versuch nicht unterlassen zu haben. Sie haben es durchgesetzt, daß gegen den Widerstand der Radikalen der Wahltermin nun schon vor der Tür steht. Das wird man ihnen einmal dankbar wissen. Sie hat damit ebenfalls viel Klugheit wie Weisheit bewiesen: Klugheit, weil nur auf diesem einen Wege die Republik Grund und Boden unter die Füße bekommen, sich im Samen befestigen und nach außen, an den Friedensverhandlungen Ansehen in die Welt stellen werden kann. Weisheit aber ist es, der Klugheit Gebot auch zu beachten, nicht aber der eigenen Gefühls — der Regierung — eine längere Frist zu sichern.

Allerdings kann diese Gefühls an sich keine Quelle großer Freuden für die Regierungsmitglieder sein. Gerufen ist sie, sagt man; aber die Verantwortung für die Regierung liegt in Deutschland zu tragen, ist ein hartes Los.

An den Grenzen des Landes regt sich immer noch die auflebende alte Kleinpartei. Im Rheinland ist es ja etwas stiller von solchen Mägen der alten Zwietracht geworden, dafür aber reger wie sich in Schlesien. In Polen flammte die Feindschaft zwischen Polen und Deutschen zum Bürgerkrieg auf. In Bayern finden Sonderstaatseingungen im Partikularismus fruchtbarer Boden. Die Nationalversammlung wird das Einheitsband sein, das den Zerfall hindert. Auch deshalb ist es ein Glück, daß sie bald auf den Plan tritt.

Nach leben wir in einer friedlosen Welt — nicht leicht ist es, den Brand zu löschen, der über die ganze Erde sich gewälzt hat und nun schnell und dunkel, wo er beugnen hat, im Herzen Europas.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika verleiht dem Mut nicht, aus diesem Weltbrand seine Welt ohne Brand auszuführen. Endlich werden ihm auch solche Stimmen gerecht, die noch vor vierzehn Tagen gegen Wilson als eine Ausgeburt der Dämonen geschildert haben — genau so, wie es die Jahre hindurch üblich war. Wilson hat seinen Verbündeten gegenüber mit unbegonnen Willen den Frieden zwischen zukünftigen Bürgern einer Friedenswelt vertreten und die Macht seiner Nation dem Fanatismus, der Sieger entgegen gestellt.

Die Eintracht der zukünftigen Welt ist Deutschlands erste Hoffnung. Und nur Wilsons Wille wird unseren deutschen Friedensunterhändlern zu Hilfe kommen, wenn sie nicht um eines Haares Breite — von Wilson programm sich abhandeln lassen will, wie der neue Staatssekretär Graf Brodorski-Ranau erklärt hat,

und wenn kein Fußtritt deutschen Bodens" abgetreten werden soll, wie die deutsche Waffenstillstandskommission sagt.

Selbst der Besiegte ist nicht ganz ohnmächtig. Er hat weitgehend die eine Aufgabe für sich ins Feld zu führen, daß keine Feinde sich selbst Schaden zufügen, wenn sie das besiegte Land der Herrschaft preisgeben, nicht nur, daß ein solch einem Lande dann nichts mehr zu verdienen ist, von ihm kann man auch keine Kriegserwartung erwarten, und die besiegte Nation wäre ein einiger Gewinnstoff des Anlebens.

Machen sie dies — dann werden unsere Unterhändler Wilsons Wege zu Wege finden.

## Deutschland den Deutschen.

Ins Vaterland sind wir gefahren: Graf Brodorski-Ranau, der neue Staatssekretär des Auswärtigen, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter des Wolffischen Telegraphen-Bureaus in kurzen klaren Worten sein Programm entwickelt. Auf jeden Deutschen müssen seine markigen Worte wie eine Verleumdung wirken, besonders im Hinblick auf mande amtliche Äußerung der letzten Zeit, die jenen Stolz vernichten ließ, dessen auch der Unterlegene nicht entraten kann. Will er aus der Niederlage noch Kraft zu neuem Frieden schöpfen. Graf Brodorski-Ranau will nur einen Frieden mit einem Vertreter des Auswärtigen, der ein Frieden der Gewalt, der Vernichtung und der Verflüchtung ab. Deutschland wird keine Zugaben, soweit sie sich auf das Wilsonprogramm beziehen, gewissenhaft halten, aber nicht um Haarsbreite in seinen Zugeständnissen über das hinausgehen, was es für Recht erachtet hat. Vor allem wird Deutschland, wie es das Grundrecht der Selbstbestimmung der Völker anerkennt, dieses Recht auch für sich in Anspruch nehmen. Wenn der Grundtat gelten soll: „Der Völkern der Völkern“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen“.

Das sind Worte deutscher Männlichkeit, die weislich gegen von feindlichen Bräutigamen, wie vom wackelnden Wirt in den letzten Tagen uns fremd gewordenen Stolz, wird man die harte Frage nicht untergehen können. Wie will Graf Brodorski-Ranau unter Feinde zwingen, unser Recht anzuerkennen? Unsere Armeen ist in weniger denn zwei Monaten durch die Revolution vollständig aufgelöst, die Hoffnung, sie wieder schlachttauglich zu gestalten, besteht nicht. Der Staatssekretär kann also nicht das Machtmittel des Schwertes in die Waagschale werfen, kann nicht mit der Wiederaufnahme des Kampfes drohen. Und dennoch verfügt Graf Brodorski-Ranau über eine gewaltige Macht, die er kennt und auf die er noch immer rechnet. Das ist die ungebrochene Kraft des ganzen Volkes, der Wille der Nation. Wenn er sich einseitig in der Nationalversammlung dokumentiert, wenn er geschlossen für die Wiederwehrhaftmachung eintritt, so wird auch der Feind erkennen, daß er ein 70 Millionen-Volk nicht vergeblich kann.

In diesem Sinne und in dieser Hoffnung darf Graf Brodorski-Ranau's Wort als Tat begriffen werden, die uns Wege in eine lichtere Zukunft öffnet, wenn wir entschlossen sind, sie einig wie ein Volk von Brüdern zu wandeln.

## Clemenceau wider Wilson.

In seiner großen Kammerrede führte Ministerpräsident Clemenceau noch aus, daß Wilsons Grundgedanke nicht immer mit den feinsten übereinstimmen. Der Präsident habe gesagt, er werde versuchen Clemenceau zu überzeugen, vielleicht wäre es aber auch Clemenceau, der ihn überzeuge. Diese Äußerung laufe auf Verständigung hoffen wenn auch bezweifel werden müsse, daß alles begangene Unrecht wieder gut gemacht werden könne. Die Partei bürgerliche Presse erklärt befriedigt, Clemenceau habe sich mit dieser Rede in bewußten Gegensatz zu Wilson gesetzt die sozialdemokratischen Zeitungen aber schreiben, Clemenceau mache immer noch nach altem Muster Politik und es bebaue sich, daß er mit Gleichgesinnten auf dem Friedenskongress für Frankreich sprechen werde.

## Austritt der Unabhängigen auch in Preußen.

Gegen die Ernennung des neuen Kriegsministers.

Berlin, 3. Januar.

In einem Schreiben an den Berliner Zentralrat geben die unabhängigen sozialistischen Mitglieder der preussischen Regierung, Erbel, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld, Dr. Graf Herz, Dr. Freilich, Paul Hoffmann, Hofer und Simon bekannt, daß sie aus ihrem Amten zurücktreten.

Sie begründen ihren Entschluß damit, in ihrer Ansprache mit dem Zentralrat habe sich ergeben, daß eine erfolgreiche Vertretung ihrer Ideen in der Regierung infolge der mehrheitssozialistischen Zusammenlegung des Zentralrates unmöglich geworden und ihnen durch das Ausschleiden der Unabhängigen und ihnen durch das beauftragten der notwendigen Rückhalt bei der Reichsregierung geraubt worden sei. Der unmittelbare Grund zu ihrem Austritt sei die Tatsache, daß von ihnen verlangt worden sei, ohne weitere Prüfung der Ernennung des Obersten Heingardt zum preussischen Kriegsminister zuzustimmen.

## Das hungernde Europa.

Abenduna großer Mengen Schweinefleisch.

Saag, 3. Januar.

Wie aus New York gemeldet wird, erhebt die Regierung vom amerikanischen Staatssekretär für das Viehwirtschaftswesen zwei Abstellungsverträge aus Europa, in denen die Abführung beträchtlicher Mengen Lebensmittel für das hungernde Europa verlangt wird. Hoover sagt in seiner Mitteilung unter anderem: Europa benötigt sofort so viel Schweinefleisch, als wie nur immer vor dem 1. Juli exportiert werden kann. Es ist unmöglich, die Wichtigkeit unserer Aufgabe vor Ablauf eines Monats voll und ganz erfassen zu können.

Auch in Frankreich erkärt man sich jetzt mit der Sendung von Lebensmitteln nach Deutschland einverstanden und zwar unter Kontrolle der Entente. Da aber Deutschland zu deren Beschaffung kein Geld habe, müsse ihm ein sicherzustellen Kredit eingeräumt werden.

## Los von Polen!

Einfluß Weipolens an Brandenburg und Schlesien.

Meeritz, 3. Januar.

Eine hier abgehaltene Vertreterversammlung der deutschen Volkspartei des Kreises Meeritz betrachtet den Bericht des Ministers Ernst über die Polenfrage als ein schweres Schuldverhältnis der Regierung und hat beschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen. Man will sich gemeinschaftlich von jeder Regierung in Polen losmachen, nachdem Oberpräsident und Regierungspräsident ihr Amt niedergelegt haben. Ein einigermassen allgemeiner Vertretertag soll den Einfluß Weipolens an Brandenburg bzw. Schlesien vornehmen. Die Städte Westfalen, Trier, Neumünster sind bereits in Begriff, ein Hilfskorps aufzustellen, das die deutschen Truppen unterstützen soll. Andere Städte und Ortsgemeinden werden folgen. — Auf Grund von in Hohenfals gehaltenen Beratungen soll der Vormarsch der Polen eingestell werden sein.

## Neue Kämpfe in Hohenfals.

Hohenfals, 2. Jan. Nach Mitteilung des Bromberger Volksrates sind die Vereinbarungen von den Polen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter die Säge besitzigen hatten, sind Irregularitäten in Hohenfals ausgedehnt. Post, Magistrat und Polizei wurden durch Polen befehligt, sind aber inzwischen von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelino wird gekämpft. Kruchwitz ist durch die Polen erobert und besetzt.

Polen. Während der Verhandlung im Soldatenrat erklärten der Oberpräsident v. Eilenburg-Neube und der Regierungspräsident den Ministern, daß sie zurücktreten werden.

A. von. Der Zutritt des Parlaments ist endgültig auf den 21. Januar festgelegt worden.

## Märzkehr deutscher Kriegsgefangenen.

Berlin, 3. Jan. In der Frage der Gleichrichtung des schweren Loses unserer Kriegsgefangenen haben Bemühungen der Deutschen Waffenstillstandskommission endlich ein Anfangsergebnis gebracht. Die Engländer haben versprochen, daß aus England 1200 schwererwundete Deutsche zurückgeschickt werden sollen.

## Frankreich und die Annahmehaftes Wilhelm II.

Paris, 3. Jan. Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Französischerseits wurde vor dem Verkauf der in den Schiffsrümpfen zu Berlin und Potsdam befindlichen Kanonen gewarnt. Der deutsche Ex-Kaiser habe von einer Söldnergruppe ein Angebot für diese Kanonen erhalten, deren Verkauf gegen Artikel XIX des Waffenstillstandsvertrages verstoße.

## Kämpfe zwischen Italienern und Serben.

Tarant, 3. Jan. Anstich wird gemeldet: Die Italiener überfielen am 31. Dezember früh die rein kroatische Stadt Senin, die sich außerhalb der Demarkationslinie befindet. 800 Mann serbischer Besatzung und die städtische Bürgerwehr leisteten Widerstand, bis die jugoslawische Abteilung nach zweitägigem Kampf dem serbischen Militärkommando den Auszugsbefehl erhielt.

## Die Volkshewitengefahr.

Basel, 3. Jan. Der „Lemps“ schreibt, die Annahmehaft Volkshewitengefahrlicher Vertreter in Berlin und im übrigen Deutschland verbinde Frankreich an der Demobilisierung und bedeute die Abdringung eines neuen Krieges, den die Russen auf deutschem Boden gegen die Entente anzustellen wollen.

## Der Väterbund gesichert.

Saag, 3. Jan. „Evening Post“ betont, alle Anzeichen weisen darauf hin, daß das Zusammenkommen des Väterbundes gesichert ist. Clemenceau und Lloyd George erklären ihr Einverständnis.

## Schließung der Landesbesetzungen.

Koblenz, 3. Jan. Das Abkommen zwischen Schweden und Finnland über die Schließung der Landesbesetzung ist am 30. Dezember in Stockholm unterzeichnet worden. Der Vertrag ist auch von Deutschland mitunterzeichnet worden.

# Politische Rundschau.

## Deutsches Reich.

Die Reichsregierung hat gegen das unbesugte Einbringen des Adels in Deutschland und seine Aufzureden auf dem Sparatulus-Kongress bei der russischen Regierung Beschwerde erhoben und erklärt, daß Adels und Genossen die Folgen ihres unerlaubten Schrittes zu tragen haben werden. An die militärischen Behörden ist Befehl ergangen, zu untersuchen, wie es möglich gewesen ist, daß Adels die Linien hat passieren können. In Zukunft soll das unter allen Umständen verhindert werden.

In der Öffentlichkeit wendet sich nun auch Haenisch gegen Adolff Hoffmann, der eine preussische Kultusminister gegen den anderen, wobei Haenisch mit dem Rücktritt droht. Der gemäßigtere Haenisch hat sich demgegenüber die Billkürerschaft Hoffmanns gewandt und sich zu breitem Verzicht. Anzudeuten ist auch ein scharfer Protest von den Adolff Hoffmann unterstellten Beamten, sowohl der Kunst- wie auch der Kirchenabteilung, gegen die Art seiner Amtsführung an das Staatsministerium abzugeben. Im Hinblick auf alle diese für die Regierung sehr bedauerlichen Vorkommnisse hat Minister Haenisch die Erklärung abgegeben, daß er nicht gewillt sei, mit Adolff Hoffmann, der trotz des Rücktritts der unabhängigen Volksbeauftragten an seinem Ministerposten zu bleiben scheint weiterhin zusammenzuarbeiten. Haenisch würde also dem nächst sein Amt niederlegen, wenn Herr Hoffmann es nicht doch noch vorziehen sollte, freiwillig auszuschcheiden. Hoffmann verabschiedet unter dem Titel „Minister Haenisch“ eine Gegenerklärung, worin er Haenisch bei „Anerkennung“ seiner Amtsführung und seiner Hinterhältigkeit beschuldigt.

Über die Stellung Hindenburgs zu den Wahlen ist ein Telegramm des Reichswirtschaftsamt über Ostert's Anstufung Er erklärt darin, daß er die vom Reichratrat der WEG gefasste Resolution über das Heer, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere nicht anerkennend. Darüber könne nur die Nationalversammlung entscheiden. Das Heer, sagt Hindenburg weiter, steht nach wie vor an der Regierung über und erwartet von dieser Regierung daß sie die von ihr ausgesprochene Forderung über den Bestand des Heeres und die Stellung der Offiziere und Unteroffiziere erkennt und dadurch dem Heere und Unteroffizierskorps ermöglicht wird, weiter Dienst zu tun.

Als Nachfolger Schellwies ist Oberst Reinhardt zum Kriegsminister ernannt worden. Oberst Reinhardt ist ein Mann, der dem Reichswirtschaftsamt gegenüber, „Er hat sich als Chef der Demobilisationsabteilung bewährt, und dies hat den Ausschlag für ihn gegeben, da die kriegsministerielle Tätigkeit jetzt in hohem Maße mit der Demobilisation ausgefüllt ist. Oberst Reinhardt war während des Krieges lange Zeit Chef des Stabes der 7. Armee. Er hat sich vollkommen auf den Boden der Beschäftigung des Kongresses der WEG gestellt.“

Eine neue Eigenmächtigkeit des WEG ereignet sich in Gelsenkirchen, indem dieser den dortigen Oberbürgermeister einfach absetzte, weil er mit den Ansichten der neuen Zeit nicht übereinstimme und es nicht verstanden hätte, seit dem 9. November die Autorität und das Ansehen des WEG zu haben.

Bezüglich der Teilnahme Süddeutschlands an den Reichsgeschäften, wie sie von dort gewünscht wird, hat Oberst an das Stuttgarter Ministerium ein Telegramm geschickt, in dem er erklärt, man werde alles tun, um die Mitwirkung der deutschen Freikämpfer an den Reichsgeschäften herbeizuführen und bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung nach Möglichkeit zu gewährleisten.

## Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie die Waffenstillstandskommission mittels gelter Entlassungspapiere, die von Soldatenräten ausgeht und, bei dem Oberkommando der Alliierten nicht als verbindlich.

Berlin. Die Regierung beschließt die Erteilung eines Freiwilfigen Erbes für den Grenzschutz im Osten.

Berlin. Dem bisherigen Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral Sade, ist der nachgeachtete Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden.

Berlin. Die Krise in der preussischen Regierung sollte nach der „Freiheit“ baldmöglichst mit dem Austritt der Unabhängigen für Ende erreichen.

Kaiserslautern. Gegenüber einer von Seibelberg ausgehenden Anregung, den Bringen Mar von Baden auf die Wahlvorschlüsse der Deutschen demokratischen Partei für die verfassunggebende Nationalversammlung in Berlin zu setzen, man mittelteilig werden, daß die Parteileitung von der Aufstellung dieser Kandidatur abgesehen hat. Diese Auffassung deckt sich mit den Wünschen des Prinzregenten.

Wismar. Sämtliche Marinepuppenteile des früheren Marinekorps sind aufgelöst. Die Umstellung dieser aufgelösten Truppenteile und Formationen erfolgt beim Generalkommando des Marinekorps in Wilhelmshaven, dem eine Umwidmung der Verwaltung des Marinekorps angegliedert ist.

München. Der Münchner Erzbischof Dr. Faulhaber erhob in einer Neujahrspredigt die Forderung, daß, wenn die Trennung von Kirche und Staat durchgeführt werden sollte, sie nicht nach dem französischen, sondern nach dem amerikanischen System erfolgen solle.

Reife. Im Offiziersgelenkenlager versuchten die Offiziere einen bewaffneten Aufstand, zu dessen Niederschlagung Militär aufgeboten werden mußte. Auf beiden Seiten hat es tote und Verwundete gegeben.

Bern. Nach Berliner Meldungen soll Wilson erklärt haben, der Frieden könne erst an dem Tage unterzeichnet werden, an dem Deutschland seine innere Lage wiederhergestellt haben werde.

Paris. Nach dem „Echo de Paris“ wird Churchill an Stelle Milners englischer Kriegsminister und Austen Chamberlain Finanzminister werden.

Wöllige Aufhebung der Bezugscheinpflicht? Berlin, 3. Jan. Im Reichsbezugsamt wird gutem Vernehmen nach die völlige Aufhebung der Bezugscheinpflicht erwogen.

O Wiedereröffnung der Kassenärzte. Die großen deutschen Krankenkassenverbände haben gemeinsam mit dem Ärzteverband Deutschlands die Erklärung abgegeben, daß die aus dem Militärdienst heimkehrenden Ärzte einen Anspruch auf Wiedereintritt in ihre frühere Tätigkeit haben; sie werden mit Nachdruck darauf hinwirken, daß diese Verpflichtung überall durchgeführt wird.

## Arbeiter, denkt daran!

Denkt daran, daß 1913 in Deutschland 14 555 700 Personen der Krankenversicherung unterstellt waren; daß 1913 an 6 630 800 Personen 400 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt wurden!

Denkt daran, daß im gleichen Jahre 25 900 000 Personen gegen Unfall versichert waren, wovon 1 010 500 Personen verunglückten und mit 177 Millionen Mark entschädigt wurden, die ausschließlich aus Arbeitgeberbeiträgen stammen.

Denkt daran, daß gleichzeitig 16 900 000 Personen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angehören und in diesem Jahre für 1 286 909 Fälle 218 Millionen Mark aufgewendet wurden.

Denkt daran, daß seit Bestehen der reichsgerichtlichen deutschen Arbeiterversicherung bis 1914 an 177 700 800 Reichsmark nicht weniger als 10 Milliarden und 81 Millionen Mark an Entschädigungen aufgewendet worden sind.

Denkt daran, daß die deutschen Arbeiterverbände 1913 über ein Vermögen von 108 667 200 Mark verfügten, daß die Jahresausgabe 83 120 200 Mark betrug; daß von den Unterstützungsbeiträgen (97% der Gesamtausgaben) auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 39, auf Krankenpeld 51 und auf Invaliden- und Sterbegeld 10% entfielen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Denkt daran, daß ein im Innern zerrüttetes Deutschland nicht in der Lage ist, diese Kräfteleistungen des Arbeiterstandes zu sichern und zu schützen, geschweige denn sie fortzusetzen und sie auszubauen!

## Sofortige Ablieferung von Heeresgut bei den zuständigen Behörden beschleunigt den Frieden.

Reichsverwaltungsamt, Berlin W 8, Friedrichstr. 66.

## Aus der Heimat — für die Heimat.

Wetterheide, 4. Januar 1919.

Am Montag läuft die Post zur Auslegung der Wählerlisten ab. Jeder Abergzeuge sich bis dahin davon, ob sein Name in der Liste steht. Wer nicht darin steht, kann nicht wählen. Die Wählerlisten liegen zu Jedermanns Einsicht in den Geschäftsräumen der betreffenden Gemeindeverbände während der Geschäftsstunden offen. Wer die Listen für unrichtig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Gemeindevorstand schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar aus dem Felde heimkehren, ergoht eine besondere Verordnung.

Freigabe von Frühobst und Gemüse. Der Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse, Oberregierungsrat v. Zilly, erklärte vor einer Versammlung von Sachverständigen, er habe dem Bundesratsausschuß für Handel und Gewerbe den Antrag unterbreitet, den Handel mit Südküsten freizugeben. Ferner soll vom 1. April ab der ganze Ankauf von Gemüse und Obst im Auslande keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen. Auch im Inlande müßten wir allmählich zum freien Handel kommen. Der gesamte Frühobsthandel soll hier sobald als möglich frei werden, ebenso der größte Teil der Frühgemüse. Es dürfen keine Lieferungsverträge mehr über eine ganze Reihe von Frühgemüsen wie Spargel, Kohlrabi, Spinat, Martruben, Gurken usw. abgeschlossen werden. Ob für Herbstgemüse und Herbstobst bald die Beschränkungen fallen werden, konnte Herr v. Zilly noch nicht in Aussicht stellen. Herr v. Zilly meinte, daß in der Übergangszeit die Preise für Gemüse und Obst steigen würden.

Stimmerverschiebungen im Januar. Die Zeit der langen Nächte ist nun endlich vorüber. Langsam merken wir bereits wieder die Zunahme der Tageslänge. Die Plus- und Unterungszeiten der Sonne sind nach mittlereuropäischer Zeit am 1. d. Mts. 8 Uhr 14 Min. und 3 Uhr 53 Min., am 11. d. Mts. 8 Uhr 10 Min. und 4 Uhr 6 Min., am 21. d. Mts. 8 Uhr 1 Min. und 4 Uhr 22 Min., am 31. d. Mts. 7 Uhr 47 Min. und 4 Uhr 40 Min. — Den Mond sehen wir zu Anfang d. Mts. als schmale, zunehmende Sichel. Er erreicht am 5. d. Mts. das erste Viertel. Am 13. haben wir Vollmond. Im letzten Viertel geht unser Trabant am 20. und am 27. in den Neumond. — Von den Planeten ist der Merkur in der ersten Hälfte d. Mts. kurze Zeit am südlichen Morgenhimmel zu sehen. Die Venus wird zu Anfang d. Mts. auf kurze Zeit am Abendhimmel sichtbar. Die Sichtbarkeitsdauer des Mars nimmt von 5 bis 7 Stunden ab. Jupiter ist am späten Abend am Firmament zu finden; er ist in der zweiten Monatshälfte die ganze Nacht hindurch sichtbar. Die Sichtbarkeitsdauer reicht von 10 $\frac{1}{2}$  bis auf 12 $\frac{1}{2}$  Stunden zu.

Seitens der Entente wird damit gedroht, daß das Reich für das Abhandenkommen und die Verschleuderung von Heeresgut haftbar gemacht werden wird. Die feindselige Presse verweist sich sogar zu der Behauptung, daß die Regierung absichtlich große Heereslager von Waffen Munition und sonstigem Heeresgut aller Art der Plünderung überlässt hätte. Dem muß mit aller Entschiedenheit durch die Tat entgegengetreten werden, und deshalb verlangt auch heute wieder das Reichsverwaltungsamt die sofortige Ablieferung von Heeresgut bei den zuständigen Behörden, um dadurch den Frieden zu beschleunigen.

Einwage, 4. Januar. Einem schweren Unglücksfall ist gestern der Landwirt Joh. Fries aus Einwage leider zum Opfer gefallen. Derselbe war mit seinem Sohne auf dem Bahnhofs Einwage mit Holzabladen beschäftigt, wobei ein schwerer Baumstamm vom Wagen fiel und Herrn Fries so unglücklich traf, daß er bald darauf verschied.

Odenburg. Auf die gemeinsame Adresse vieler Odenburger an den früheren Großherzog hat dieser wie folgt geantwortet: Es hat mich von Herzen gefreut, daß viele Hunderte von Einwohnern der Stadt Odenburg mit in einer gemeinsamen Adresse ein Zeichen ihres freundlichen Gedankens zu Beginn des neuen Jahres gegeben haben. Ich spreche allen, die sich daran beteiligt haben, hierdurch meinen tiefempfindlichen Dank aus. Gg. Friedrich August.

Odenburg, 3. Januar. In letzter Stunde ist es jetzt noch zu einer vollen Einigung über die Kandidatenliste der deutsch-demokratischen Partei im Wahlsitz Odenburg Ostfriesland-Osnabrück gekommen. Die Sonderbestimmungen im Bezirk Ostfriesland, nach denen dort eine besondere Liste für Bürgermeister Berghaus-Korderny und Landwirt Jan Fegter aufgestellt wurde, sind seit heute aufgehoben. Dem Wahlkommittee in Osnabrück wurde die auf dem Parteitag aufgestellte Liste überreicht mit den Kandidaten: Tanzen Heering, Waghoff de Wente und Berghaus-Korderny an der Spitze. Neuerdings wird lebhaft für eine Völkervereinigung der deutsch-demokratischen Partei, der deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei agitiert. Die Entscheidung hierüber muß bis zum 12. Januar getroffen sein. Gekoren und heute nachmittags die meisten Wähler Einsicht in die Wahllisten, die auf dem Rathaus ausliegen.

Mit lebhaftem Interesse sieht man hier der morgigen Aussprache im Eisenbahnen-Verbande entgegen. Seit Gründung dieses Verbandes machen sich unter den Arbeitern und Beamten des weitverzweigten Eisenbahndienstes tiefgründige Gegensätze geltend, die schärfere gute Verhältnis auf den Stationen völlig beseitigen, zum Schaden des Dienstes. Der Verwaltung erwachsen dadurch große Schwierigkeiten. Man hat hier allgemein das Empfinden, daß es so nicht weiter gehen kann, wenn der Dienst ordnungsmäßig geführt werden soll.

Die Franzosen und die Presse der Pfalz. Der Kommandeur der 8. französischen Armee kündigt folgende Strafandrohungen gegen die Presse in der Pfalz an: Jede ohne vorherige Genehmigung des Kontrollkommissärs erscheinende Veröffentlichung unterliegt folgender Strafe: Zeitweilige, 5 bis 10 Tage dauernde Aufhebung der Zeitung und gegebenenfalls Beschlagnahme der veröffentlichten Schriften, im Wiederbetretungsfall endgültige Aufhebung der Zeitung und Beschlagnahme der Druckschriften. In beiden Fällen, wenn die Umstände es erfordern, Ausweisung des Druckers, Schriftsetzers und Verlegers aus dem Armeegebiet, ungeachtet etwaiger Strafen, welche ein Jahr Gefängnis und 1000 Franken Geldbuße betragen können.

Sunberth'sches Versehen des Preussischen Staatsanzeigers. In der ersten Januarwoche 1819 erschien in Berlin die erste Nummer der durch eine Kabinettsorder Friedrich Wilhelms III. begründeten „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“. Nachdem die Zeitung im Jahre 1843 die Bezeichnung „Allgemeine Preussische Zeitung“ erhalten hatte, wurde ihr im Jahre 1851 die Bezeichnung „Königlich Preussischer Staatsanzeiger“ beigelegt. Nach Errichtung des Deutschen Reiches erschien das amtliche Blatt am 4. Mai 1871 zum ersten Male unter der Bezeichnung „Deutscher Reichsanzeiger und Königlich Preussischer Staatsanzeiger“.

Viktor Blühagens 75. Geburtstag. Viktor Blühagen, der Dichter bühner Kinderlieder und liebenswürdige Erzähler, feiert am 4. Januar seinen 75. Geburtstag. Der Magistrat der Stadt Bötzingen, wo Blühagen geboren wurde, hat den Dichter, der schon seit langem Ehrenbürger seiner Heimatstadt ist, dadurch geehrt, daß er im Rathaus ein Viktor-Blühagen-Banner einrichten ließ.

## Zur Wahlbewegung!

Es! Wetterheide. Zu der von der Ortsgruppe Wetterheide der deutschen demokratischen Partei einberufenen Werberversammlung in Wühr's Gasthof in Wetterheide war die männliche Bevölkerung des Bezirkes fast vollständig erschienen. Leider entsprach die Beteiligung seitens der Frauen und jungen Mädchen an dieser ersten Versammlung nicht der Bedeutung der Versammlung. Herr Lutz, der Vorsitzende der Ortsgruppe Wetterheide ward in ruhigen und klaren Worten für seine Partei und fand mit seinen Ausführungen das beste Ansehen. Die Bevölkerung des platten Landes stand bis jetzt in ihrer größten Mehrzahl weitaus vom Parteigetriebe, verhielt sich gegen die Politik gleichgültig. Das muß und wird im neuen Staate anders werden und dazu leisten gerade Versammlungen wie die heutige große und wertvolle Arbeit an Aufklärung. Wir hoffen, daß der Vorstand der Ortsgruppe Wetterheide der deutsch-demokratischen Partei es möglich machen kann, daß noch im Laufe des Winters dieser ersten Versammlung weitere folgen, dann wird auch Jrl. Denken sehen, daß ihr Werk auf die Frauen und jungen Mädchen des Bezirkes Wetterheide nicht vergeblich erfolgte.

## Bürgerhaus.

Jeder einzelne hängt mit seinem Schicksal, mit seiner Arbeit, seinem Verdienste, von der Wahlbewegung im Ganzen ab. Wir leben nicht mehr wie unsere Väterchen von dem, was sie sich jagen. Heute ist jeder im Preis, in Werte, im Grunde auch in der Selbsthilfe und in der Bildungsmöglichkeit abhängig von den Weltgeschehen da draußen.

Diese grundlegende Veränderung in der Lebenslage des Volkes hat dazu beigetragen, daß wir in diesen Tagen die Umwandlung des Obrigkeitsstaates in den Volksstaat erleben. Dieser ganze Neubildungsprozess wird kurz und einleuchtend, bildend und allgemeinverständlich dargestellt in den beiden Flugzetteln „Der Weg zum Volksstaat“ von D. Friedrich Raumann, M. d. R. und „Rechtlicher Parlamentarismus“ von Unterstaatssekretär J. Giesberts M. d. R.

Beide Schriften sind herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung, Berlin, Vignowstraße 102/104.

Für die Reaktion verantwortlich Hermann Ries, für den Ungeheuer verantwortlich Karl Eilers, beide in Wetterheide. Druck und Verlag von Gerhard Ries in Wetterheide

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Der Gemeindevorstand.

Weserheide, 8. Januar 1919.

Die für 1919 gültigen Petroleumkarten können gegen Rückgabe der alten Petroleumkarten bei den Bezirksvorsitzern bzw. Kartenausgabestellen umgetauscht werden.

D a n j e.

Die Landwirte in der Gemeinde Weserheide, welche bis zum 15. Januar

## Roggen

abliefern wollen, können am **Wittwoch den 8. Januar**, morgens von 8<sup>1/2</sup> bis 10 Uhr Reihfäden beim **Wältrichs. Wettermann.** selbst in Empfang nehmen.

## Pferde-Verkauf!

Am **Donnerstag den 2. Januar, Freitag den 3. Januar, Sonnabend den 4. Januar, Montag den 6. Januar, Dienstag den 7. Januar, Mittwoch den 8. Januar und Donnerstag den 9. Januar**, vormittags 9 Uhr kommen auf dem **Pferdemarktplatz in Oldenburg** je ca.

# 200 Pferde

leichteren und schweren Schlags aus den Verköden hiesiger Kroppenteile öffentlich meistbietend zum Verkauf. Zum Kauf werden nur solche Futtersorten zugelassen, welche durch einen Ausweis, vom Gemeindevorstand ausgestellt, nachzuweisen können, daß die Pferde nur für den eigenen Betrieb erworben werden sollen. Inhaber von vorbezogenen Kaufweisen, sowie roten und weißen Pferdearten haben beim Kauf Händlern gegenüber den Vorzug. Halfter und Stricke sind dem Käufer mitzubringen.

Der Verkauf von **Zuchtkühen** wird noch wie vor durch die hiesige Landwirtschaftskammer geregelt und sind hiedurchige Kaufanträge nach dort zu richten.

Inhaber von **Kriegsangehörigen** müssen den **Nachweis** erbringen, daß sie die Stücke selbst erworben haben.

F. A. des Garajonkommandos:

## Die Pferdeverkaufskommission.

Brauer. Thiele.

Neu!

### Kunststopperei

Sämtliche Reparaturen in Herren- und Damen-Gartheroben werden kunstvoll gekopiert oder eingewebt. Speziell moderne Taschen und Knopflöcher. Konfektionsgeschäften und Schneidern Extra-Preise. Auswärtige Sachen können auf Wunsch bereits in 5 Tagen geliefert werden.

Frau S. van Nun, Oldenburg.

Häckerstr. 27.

Tel. 1528.

Stankr. 22

## Holz-Verkauf.

Ap en. Der Landwirt Heinrich Deetsen in Nordloh läßt am

### Sonnabend

den **11. Januar**,

nachmittags 2 Uhr,

bei seinem Wohn- und Wirtschaftsgelände

## 70 Eichen

darunter schwere Stämme, Schiffs-, Bau- und Wagenholz,

## 25 Erlen,

(Holzschuhmacherholz)

## 10 Eschen,

folgend:

1 Ackerwagen, 2 Paar Fuhrketten, Pferdegeschirre und was sich sonst noch vorfinden wird

verkauft.

Das Holz steht auf festem Boden und kann jeder Zeit abgelassen werden.

Beliebiger werden eingeladen.

Janssen, Ault.

## Immobil-Verkauf.

Ap en. Das zum Nachlasse des verstorbenen Herrn Medizinalrats Dr. med. Köhler in Augustfehn gehörende

## Besitztum

gelangt am

**Dienstag den 7. Januar**

vormittags 10 Uhr,

nochmals in Jansen's Gasthause in Augustfehn zur öffentlichen Versteigerung.

Das Gebäude mit dem darauffolgenden Stall ist in einem guten Bauzustande. Das Wohngebäude enthält mehrere Wohn-, Schlaf- und Badezimmer, sowie geräumige Küche und Keller. Dieses an bester Lage befindliche Wohnwesen ist zum Ankauf, namentlich aber einem Rentiermann, besonders zu empfehlen; abriges eignet sich das Verkaufsobjekt wegen seiner aberaus günstigen Lage in der Nähe des Bahnhofs und am Treffpunkt zweier Gassen auch zu jedem Gewerbetriebe.

Das Vordergrundstück ist 29,6 Ar groß, mit vielen Obstbäumen von nur besten Sorten bestanden und mit einer 2 Meter hohen Steinmauer umgeben.

Eine Versteigerung kann jederzeit gerne erfolgen und gibt Herr Kaplan Evers in Augustfehn jede gewünschte Auskunft. Antritt des Objekts bilig, ganz nach Wunsch des Käufers.

Ein weiterer Termin findet nicht statt.

Janssen, Ault.

## Öffentlicher Verkauf.

E d e w e c h t. Der Nachlaß der Witwe des Grundheuermanns Joh. Wittenberg zu Weserheide soll am

### Montag

den **6. Januar**,

nachm. 1 Uhr,

öffentlich meistbietend veräußert werden und zwar:



2 Kühe, wovon eine belegt,

1 Rind,

1 Zuchtschwein,

15 Hühner,

ferner: 1 Kleiderschrank, 1 Glas-

schrank, 1 Kommode, 2 Tische,

6 Stühle, 1 H. Schrank, 1

Bett, Kleidung, 1 Sparherd,

1 Kochkessel, 1 Milchfessel,

1 Eimer, Ballen, 1 Koffer, 1

Kiste, Garten, 2 Karren,

Sorten, Spaten, 1 Sense, 2

Drecksiegel, 1 Schneidela-

1 Staubmähle,

Johann 1 Quantität Torf,

1 Quantität Kartoffeln,

1 " Stroh,

## 40 Eichen,

10 Tannen,

auf dem Stamm, Bau- und Wagenholz.

Kaufstübhaber ladet ein

Mohrenkonk, Ault.

Zu verkaufen

2 Zugochsen,

3 und 4 Jahre alt.

Herr. Bruns, Hauwickerfeld.

## Kalktrup.

Meinen angehörenden

## Stier

empfehle ich zum Dicken. Deck-

geid 10 Mark.

G. Rabben

Suche häufig

## Ziegen

zu kaufen. Ziehe pro Pfund 2,20 Mark. Abnahme auch Bahnstationen Barfel, Augustfehn, Obewech. Bitte um Angebote. Postkarte genügt.

H. Schröder.

## Untracitfohlen

Naß II

kann noch einen kleinen Posten abgeben.

J. Bücking.

Gesucht für sofort oder später

in Weserheide oder Umgeg. eine

## Wohnung

2 Stb., 2 Schlafz., Küche u. Zubeh., möbl. mit kl. Garten. Mietpreis 500 bis 750 Mk. Angeb. sind zu richten an

Bahnweisererei Vochhorn.

Kleine

## Holzskisten

mit Schiebdeckeln, zum Postversand bestens geeignet.

Preis 2,80 bis 3 Mark empfiehlt

J. Bücking.

## Pfeffer

ist wieder vorrätig.

Keiner. Deeken.

## Zwischenahn.

Obwohl hierdurch bekannt, daß ich meine

## Böttcherei

in unveränderter Weise wieder aufgenommen habe. Sollte mich bei Bedarf bestens empfohlen.

## Holzeimer

sind vorrätig.

## Herm. Ahrens,

Böttchmeister.

Bergstraße

## Düngersäemulden

sind wieder auf Lager.

J. Bücking.

## Busch

wird auf sämtlichen Stationen abgenommen und erbitte Anmeldungen.

## Vockrodt,

Ldw. Bezugsgenossenschaft

Weserheide.

Bestellungen auf

## Preßstroh

werden bis zum 8. ds. entgegen genommen.

Der Vorstand.

## Zahn-Praxis

Frau Helene Mayer

## geb Liebisch.

Sprechstunden täglich v. 9-5 Uhr.

Künstliche Zähne mit und ohne Gummis.

Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Behandlung jeder Art.

## Biliale Augustfehn

Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr sowie

Behandlung v. Kassenmitgliedern

Einselne

## Wagenräder

mit eisernen Naben, für kleine Handwagen passen, sind in allen Größen auf Lager.

Preis 10 bis 13 Mk. p. Stück.

J. Bücking.

## Bettmöbelle

Bestellung sofort. Alter und Beschicht. angeben. Auskunft umsonst. Diskret Margonal, Berlin, Belle-Alliancestraße 82.

## Für Tischler!

Jetzt den Empfang einer großen Kollektion moderner Möbelbeschläge an. Preise sind äußerst niedrig gestellt.

J. Bücking.

# Deutsche demokratische Partei Ortsgruppe Ap en.

Am Sonntag den 5. Januar, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr:

# Grosse öffentl. Frauen-Versammlung

für Augustfehn und Bokel in H. Jankens Gasthof in Augustfehn.

Rednerin: Fel. Henze aus Oldenburg.

Am Montag den 6. Januar:

# Öffentliche Volks-Versammlungen

für Männer und Frauen,

nachmittags 3 Uhr bei Weins in Godensholt,

abends 7<sup>1/2</sup> Uhr bei H. Jankens in Augustfehn.

Redner: Herr Heersbach aus Oldenburg.

Der Vorstand.

# Aufruf!

Nachdem die nationalliberalen Organisationen des aus dem Herzogtum Oldenburg und den Regierungsbezirken Aurich und Osnabrück gebildeten fünfzehnten Wahlkreises beschloffen haben, sich der

## Deutschen Volkspartei

anzuschließen und selbständig in den Wahlkampf einzutreten, rufen wir alle alten Anhänger der Nationalliberalen Partei und alle auf nationalem Boden stehenden deutschen Männer und Frauen zur Mitarbeit auf.

Wir fordern die schnelle Wiederherstellung einer geordneten Ordnung und die Einberufung der Nationalversammlung in kürzester Frist.

Wir treten auf den Boden des demokratischen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts nach der Verhältniswahl für beide Geschlechter.

Wir versichern unter Demokratie, daß das ganze Volk über seine Zukunft bestimmen soll, nicht aber die Alleinherrschaft einer Klasse. Nur die von Verhältniswahl für alle Volksgenossen getragene Mitwirkung aller deutschen Männer und Frauen an der Verfassung und Gesetzgebung kann zum Segen des Ganzen dienen.

Wir fordern eine nationale, das heißt eine auf das Wohl des deutschen Volkes gerichtete Politik nach innen und außen. In friedlichen Wettbewerben mit den andern Völkern der Erde, aber selbständig und unter Wahrung seiner Eigenart muß das deutsche Volk durch die Geschichte gehen.

Mehr als zuvor muß die Pflege von Kunst und Wissenschaft Sache des Volkes werden. Wir fordern aber auch, daß

der hohen Bedeutung der Religion als wissenschaftlichen Bestandteils unserer Kultur vom Staate Rechnung getragen wird und erklären uns gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen.

Wir fordern den Schutz des Privatigentums vor staatlichen Eingriffen, die das wirtschaftliche Sireben des Einzelnen bedrohen. Eine Ueberführung einzelner geeigneter Großbetriebe in staatliche oder kommunale Verwaltung wird dadurch nicht ausgeschlossen.

Einer Aufteilung des großen gebundenen Grundbesitzes zur Stärkung eines gesunden Bauernstandes und zur Förderung der selbständigen landwirtschaftlichen Produktion stimmen wir zu.

Sorge für gesunde Wohnungen halten wir für eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung.

Wir fordern die Erhaltung und Förderung des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes, insbesondere auch des Handwerks.

Für alle Arbeiter und Angestellten fordern wir Maßnahmen, die sie vor wirtschaftlichem und politischem Druck, auch in staatlichen Betrieben, sicherstellen. Durch geeignete Schlichtungsämter ist für ein friedliches Zusammenwirken von Unternehmern und Arbeitern zu sorgen.

Wir fordern unbedingten Schutz des Eigentums in seiner Stellung als Diener des Staats und der Gesamtheit vor der Gefahr, zu Vollzugsorganen einer Parteipotenz herabgedrückt zu werden.

Unser Ziel ist der deutsche Volksstaat! — Ihm gilt unser Streben!

## Deutsche Volkspartei für den Wahlkreis Osnabrück, Ostfriesland und Oldenburg.

C. Abdias, Hausmann, Rotenburg  
H. Abdias, Ham, Hammelw. A. Henschel  
H. Ahlers, Landwirt, Butteldorf  
W. Alfs, Landtagsabg., Hopyenkamp  
Barthold, Regimentsjattler, Oldenburg  
Behlen, Hauptlehrer, Weferdich  
Beyer, Privatmann, Oldenburg  
Booga, Gemeindevorsteher, Barchave  
Böffer, Baurat, Jever  
S. Brandes, Maurer, Oldenburg  
Dr. Brill, Vizebürgermeister, Jever  
Dr. Baba, Medizinalrat, Nordenham  
Bühmann, Bankbevollmächtigter, Oldenb.  
C. Bülowemann, Hausm., Großenmeer  
Dannemann, Landtagsabg., Tungetin  
Dierks, Schmiedemeister, Gebderwarden  
Dinklage, Ziegeleibesitzer, Oldenburg  
Eilers, Landwirt, Barkel  
Ellrich, Lehrer, Rastede  
Eck, Landesgerichtsdirektor, Oldenburg  
Frey, Jollinspektör, Oldenburg  
Flor, Amtsrichter, Oldenburg  
A. Friedrich, Moorhausen  
Gramberg, Postverwalter, Rastede  
Grashorn, Landwirt, Boockholberg  
v. Grubek, Generalsekretär, Oldenburg  
Hanting, Kaufmann, Oldenburg  
Hartmann, Schiffsmeister, Oldenburg  
Häfcher, Schornsteinfeger, Delmenhorst  
Dr. Hempel, Oberlehrer, Jever

Gercken, Kaufmann, Oldenburg  
Grl. Herford, Schulinspektor, Oldenb.  
Hinke, Kaufm., Beamter, Delmenhorst  
H. C. Hoyer, Delmenhorst  
Hollmann, Landtags-abg. Gesehshausen  
Hülzel, Dr. med., Oldenburg  
Huntmann, Dekonomier, Wilbeshausen  
Jensen, Oberlehrer, Oldenburg  
Frau Buchdenschreiber, Jensen, Oldb.  
Grl. M. Klusmann, Oldenburg  
Koch, Glasmeister, Oldenburg  
Koopmann, Landtagsabg., Höspe  
Körber, Sekretär, Oldenburg,  
Körber, Gerichtswalt. a. D. Oldenburg  
Kühler, Hauptlehrer, Jeter  
Kuhlmann, Landwirt, Corfen  
Lanerens, Landwirt, Freieschmoor  
Lobe, Postsekretär, Rühringen  
Lohse, Justizrat, Oldenburg  
Löffow, Wachtmeister, Oldenburg  
Mahlstedt, Konful, Oldenburg  
Menkens, Auktionator, Delmenhorst  
Johanne Meyer, Gemeindevorst., Rastede  
H. S. Müller, Kaufmann, Oldenburg  
C. Nehold, Bankvorsteher, Nordenham  
R. Orcken, Hausmann, Großenmeer  
D. Oldendorf, Hausmann, Preadies  
Plate, Landtagsabg., Heemelskamp  
Frau T. Schlemmer, Recht, Oldenb.  
Fr. Geh. Kommerzienr. Rabeling Oldb.

Raben, Privatmann, Barel  
Franz Dr. Reefe, Oldenburg  
Richtels, Oberamtsrichter, Brake  
Ch Ritter Ww., Großenmeer  
Ritter, Baurat, Oldenburg  
Röden, Ziegeleibesitzer, Neuenburg  
Runge, Sekretär, Oldenburg  
Rühlmann, Maurermeister, Olden  
Dr. Schäfer, Oberlehrer, Nordenham  
Schiel, Tierarzt, Jever  
Frau Pastor Schneider, Oldenburg  
Schäpfe, Verbandssekr., Rodenkirchen  
Dr. Seenen, Medizinalrat, Elmstedt  
Stakenberg, Fabrikdirektor, Delmenhorst  
Tabken, Baumann, Oldingen  
Ed. Tangen, Landwirt, Rodenkirchen  
Job. Tangen, Bw. Eisenhammergroben  
R. Ullers, Landwirt, Hovendseferlande  
W. Ullers, Landwirt, Moorsee  
Margarete Voullens, Beherin, Berne  
Wächter, Kaufmann, Rastede  
Wälther, Buchdruckereibes., Oldenburg  
Weerde, Landwirt, Gebderwarden  
Weferholt, Landwirt, Oldenburg  
Wichmann, Landwirt, Giddigwarden  
Wichmann, Eisenbahnrevisor, Oldenburg  
Wilkens, Landwirt, Oldenburg  
Wiliers, Oberrevisor, Oldenburg  
Witte, Bauunternehmer, Berne  
Wöbken, Landwirt, Wunhorst

Betriebsklärungen aus Stadt und Land werden an Konful E. Mahlstedt, Osteritzke, Oldenburg, erbeten.

## Geschäftsöffnung!

Den geehrten Einwohnern von Westerstede und Umgegend zur Kenntnis, daß ich meine

### Mech. Bau- und Möbelschlerei

(vorm. R. Gemme Söhne), Blumenstraße 110, welche während des Krieges geschlossen war, wieder aufgenommen habe, da ich am 1. Jan. von Here entlassen bin. Bitte um regen Zuspruch in Aufträgen, welche schnell und prompt erledigt werden.

### Karl Kuhlmann,

Mech. Bau- und Möbelschlerei, — Westerstede.

## Leder-Hauschuhe,

geflickten, in schwarz u. braun, alle Größen lieferbar.

Probepaare zu beziehen und Bestellungen hierauf bis 12. Januar erbeten

## Schuhwarenhaus Janßen

Westerstede i. O.,  
Ecke Kuhlen- und Langestraße.

## Preuß. Südd. Klassen-Lotterie

Lose zur 1. Klasse

Ziehung 7. u. 8. Januar

find zu haben, auch unter Nachnahme

1/4 1/2 1/1

zu 5 10 20 40 Mk. für jede Klasse,

zu 25 50 100 200 „ alle 5 Klassen.

Otto Wulff, Oldenburg i. O.,

Preuß. Lotterie-Einnehmer,

in Westerstede: A. Diekmann, in Zwischenhahn:

Karl Weig, in Apen: D. W. Schrens.

## Hollwege.

Sonntag den 5. Januar:

# Großer Ball

Anfang nachmittags 5 Uhr.

Entree 1.50 Mk., wofür freier Tanz.

Hierzu ladet freundlich ein

K. Heinemann.

## Karbid

ist eingetroffen.

Richard Müller.

Empfehle

## Ia. Schmierseife

Heinr. Deeken.

## Soziald. Wahlverein

Westerstede.

Bei der gestern stattgefundenen

Vollversammlung der Mitglieder

wurde Fr. Bastjo als Bei-

sitzerin in den Vorstand gewählt.

Es werden sämtliche Genossinnen

und Genossen dringend daran er-

innert, die Wahlen durchzuführen.

Geneut richten wir die Mah-

nung an alle Parteifreunde, sich

dem Verein anzuschließen. An-

meldungen bei den Vorstands-

mitgliedern.

Der Vorstand.

gez. Deeken.

## Soziald. Wahlverein

Westerstede.

Am Montag den 6. Januar,

abends 8 Uhr,

in S. Thiens Gasthause in

## Balstrup

## sozialdem. Volks-

## versammlung.

Referent: Herr Karl.

Um zahlreiche Beteiligung wird

freundlichst gebeten.

Der Vorstand.

## 1 Waggon sehr starker

## Kastenwagen

ist soeben eingetroffen, welche ich zu

billigen Preisen empfehle.

Gändler erhalten billige Ein Gros-

preise.

Rich. Müller.

## Tanz-Unterricht

für Erwachsene und Kinder im

Saale des Herrn Geedes-Burg-

forde. — Bitte zur Anmeldung

liegt dort aus.

E. Bohrens, Tanzlehrer.

## Ia. Zündhölzer

trafen wieder ein.

Heinr. Deeken.

Statt Karten!

Ihre Verlobung geben hiermit

bekannt:

Marta Lienemann

Franz Kuck

Zwischenhahn, Eisstraße a. d. W.,

im Januar 1919.

## Dankagung!

Für die vielen Beweise herz-

licher Teilnahme bei dem Ver-

lust meines lieben Mannes, un-

seres guten Vaters geben wir

hiermit allen unsern herzlichsten

Dank.

Gaffede, den 3. Jan. 1919.

Margarete zu Jeddeloh

nebst Angehörigen.

## Edewecht.

# Oeffentl. Frauen-Versammlung

am Sonntag den 5. Januar, nachmittags 1/8 Uhr, in Mügges Gasthof.

### Tagesordnung:

## Die politische Stellung und Aufgaben der Frauen.

Rednerin: Frä. Kamauer, Oldenburg.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein

## Deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Edewecht

## Apen.

Den geehrten Einwohnern von Apen und Umgegend hiermit zur Nachsicht, daß ich mit dem heutigen Tage in dem Hause des Herrn Schneidermeisters Martens hier selbst ein

## Friseur-Geschäft

eröffnet habe. Ich werde jederzeit befreit sein, durch aufmerksame und prompte Bedienung mit das Wohlwollen meiner werthen Kundschaft zu erwerben u. bitte um geneigten Zuspruch.

## Kerm. Zierich,

Friseur.

Junger Mann sucht auf mög-

lichst bald

## Zimmer

mit voller Beköstigung. Ange-

bote bitte zu richten an den Ver-

lag dieses Blattes unter Nr. 116.

# Der Arbeiter

(Herausgeber Nr. 5.)

Preis für Vierteljahr frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen des Tages nach Sonn- und Feiertagen, erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen, darin Hinnein alle verständigen Leute, gleichviel in welchem Berufe, für Inseraten aus dem Herzogtum Oldenburg 20 Pfg., für außerhalb des Herzogtums wohnende 25 Pfg. Reklamen kosten 75 Pfg. die Zeile. Anzeigen-Nachnahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; je 5 Pfg. Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Manuskript auf Abdruck geht verloren, wenn Annoncen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgäben von Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird nicht übernommen.

Nr. 4.

Westerstede, Sonntag den 5. Januar 1919.

59. Jahrgang

## Zweites Blatt.

### Arbeitspflicht.

Darf man im neuen Deutschland wieder von Pflicht reden? Wir sehen, alle die sich häufen, sich förmlich überfüllenden Nachrichten über die Folgen unserer Ohnmacht gehen so ziemlich spurlos am deutschen Volke vorüber; es hat anheimelnde keine Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, was aus allen werden soll, wenn unsere Feinde die Sklaverei und Schuldbrecherei über uns verhängen, den sie als den einzig gerechten und dauerhaften Friedenszustand für Europa ansehen. Was aber soll gar aus uns werden, wenn es dabei bleibt, daß die politische Umwälzung in Stadt und Land in eine Lohnbewegung aufgelöst wird, wenn die Arbeiter und Angehörigen Forderungen über Forderungen stellen und so einen Betrieb nach dem andern zum Stillstand bringen? Es ist kein Geheimnis mehr, wie stark die öffentlichen Kassen in Anspruch genommen sind, wie groß allenthalben der Produktionsrückgang ist. Wie eine Lähmung liegt es auf unserem gesamten Wirtschaftsleben.

Die Regierung ringt die Hände; denn nur noch wenige Wochen so weiter, und wir sind fertig, vollständig fertig. Immer wieder erhebt sie ihre Stimme, um die Arbeiter zur Vernunft zurückzuführen; bis jetzt scheint alles nichts genutzt zu haben. Der Berliner Magistrat will die liegend gebliebenen Untergrundbahnhäuser wieder aufnehmen und zu diesem Zweck zunächst 9000 Arbeiter einstellen — es werden sich 17. In den mitteldeutschen Braunkohlengruben können hunderttausende Arbeiter guten Verdienst finden — sie sind nicht aufzufinden, obwohl die Zahl der Arbeitslosen in der nahe Reichsgränze nicht von der gleichen Höhe nicht mehr weit entfernt ist. Die bayerische Regierung will das großartige Waldschneefraktfahrwerk in Angriff nehmen, das das ganze Land mit Elektrizität versorgen und seinen Bedarf an fremder Kohle wesentlich vermindern soll — neben 80 Ingenieuren am ersten und 250 am zweiten Ende haben sich ganze zwei Arbeiter zur Beschäftigung angeboten, während in München entlassene Soldaten zu Tausenden von Kasernen zu Kasernen wechseln und immer wieder Abkündigung und Verpflegung erzwungen. In dieser Beziehung also scheint wenigstens kein Untergrund zu bestehen zwischen Preußen und Bayern.

Trotzdem ist nicht ohne weiteres zu sagen, was schlimmer ist: daß überhaupt nicht gearbeitet wird, wo neue Werte sich schaffen ließen, oder daß dort, wo gearbeitet wird, Löhne erzwungen werden, die den Stempel der Unwirtschaftlichkeit an der Stirn tragen. In einer neuen Bekanntmachung, die von der Reichsregierung ausgeht, wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die außerordentlich hohen Lohnforderungen, die gegenwärtig an der Tagesordnung sind, nur eine scheinbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage des Arbeiters darstellen. Sein Einkommen wird lediglich nominal aufgebessert, in Wahrheit führt die Erhöhung nur zu einem noch stärkeren Anziehen der Lebensmittel — und späterhin der Handel erworbenen Nahrungsmittel werden sich durch Verbilligung zahlungsunbereiten und zahlungsunfähigen Verbrauchern gegenüber und nehmen keinen Anstoß, die Anschaffungskosten zu decken. Nicht weniger hart werden die Produktionskosten durch wahllose Vorkerknungen ohne Berücksichtigung des wirtschaftlichen Möglichen in die Höhe getrieben. Da fernere Deutschland in nächster Zeit wieder Verbrauchsgüter aus dem Ausland einführen, sie aber nicht wie früher mit Waren, sondern nur bezahlen muß, so wird jeder einzelne Arbeiterhaushalt die Belastung spüren, die als Folge der für uns ungünstigen Wechselkurse, mittelbar als der Geldentwertung, eintritt. Es ist hohe Zeit, stellt eine Regierungsankündigung fest, daß die Lohnfestsetzung wieder in die Bahn des Tarifvertrages zurückkehrt und gewerkschaftlichen Einflüssen zugänglich wird. Ebenso muß die Anordnung von Arbeitsniederlegungen, für die der gegenwärtige Augenblick sicher so ungünstig wie möglich gewählt ist, ausschließlich den Berufsvereinigungen der Arbeiter überlassen bleiben. Vom Unternehmer muß weitestgehende Rücksicht auf die Lebensbedingungen seiner Arbeiter verlangt werden, aber auch von deren Seite ist Rücksicht auf die Produktivität des Betriebs zu nehmen, ohne die kapitalistische Wirtschaftsführung ebenso unmöglich wie Vergeltungsfähigkeit ist.

Es ist hohe Zeit — ganz gewiß. Ob aber mehr oder weniger laute Mahnungen etwas ausrichten werden bei dem gegenwärtigen Zustand der Gemüter? Und wenn nicht, was dann? Die Regierung weiß nur zu gut, daß sie hier vor dem ernstesten Problem steht, das sich denken läßt. Sie will eine Regierung sein, die das Vertrauen des Volkes genießt, ja diesem Vertrauen ihre ganze Defensivbereitschaft verdammt, und doch soll ihr Wort ungehört verhallen, was es gilt, Staat und Gesellschaft vor wühlerischen Zusammenbruch zu bewahren? Die Regierung muß sich hier die empfindlichste Stelle der neuen Lage ist. Soll sie deshalb von der Arbeitspflicht zum Arbeitszwang übergehen, soll das der Fortschritt sein, mit dem sie die betäubende kapitalistische Gesellschaftsordnung überholen soll? Sie fränkt sich gegen den Gedanken, solange es geht, zumal sie nicht voraussehen kann, ob sie damit auch nur einen Schritt vorwärtskommen

würde. Aber viel Zeit zum Abwarten ist ihr nicht gegeben, darin stimmen alle verständigen Leute, gleichviel in welchem Berufe, für sich, vollkommen überein. Alle verständigen Leute. Wird es nun nach ihnen gehen — oder nach den anderen?

### Unser Heer jetzt und in Zukunft.

Kritische Betrachtungen unseres militärischen Mitarbeiters.

Auf dem Schlachtfeld umbesteht sind unsere Heere in die Heimat zurückgeführt, um ihre glorreich durch halb Europa und einen guten Teil Afrikas getragenen Waffen niederzuliegen. Mit großer Hingabe und in höchstem Ausmaß haben sie ihre Pflicht getan, um das Vaterland vor der drohenden Invasion und der Vernichtung zu schützen. Und wenn trotz allem der Ausgang ein so niederschmetterndes war, so ist das nicht die Schuld des Heeres gewesen, sondern andere Faktoren, die hier nicht hergefordert, haben den Ausschlag gegeben.

Trotz alledem droht das Heer, das einige selbstgeübte Werkzeuge deutscher Waffentechnik, in ein Maßstab zusammenzubrechen. Was dem Feinde nicht gelang in launenden von Gefechten, verlor er mit Erfolg weite Kreise der Heimat und legte in vielerlei gut gemeintem patriotischen Glauben eine Brücke nach der anderen in das bisherige Bollwerk des Deutschen Reiches. Abschaffung des Militärischen heißt das mächtigste Angriffsmittel, dem man zum Siege verheißt wird durch Enthebung der Führer, Abschaffung des Vorgesetztenverhältnisses, der Rangabzeichen, des militärischen Grußes ufm.

Gewiß, wir können auch mit einer Volksgenossenschaft analoge der Schutztruppe in der Heimat ganz bequem aus, denn wir Deutschen reden uns zwar „in politischer“ gerne die Köpfe heiß, sind aber im übrigen höchst friedliebende Leute und fügen uns letzten Endes der Staatsautorität. Auch der von Wilson, scheinbar aus innerer Überzeugung gepredigte ewige Völkervereinigung und Friedensbund — falls er überhaupt zustande kommt — paßt sogar in diesen Rahmen und könnte uns veranlassen, in Zukunft auf jede Nützlichkeitsberechnung zu verzichten, falls nicht verschiedene „Wenn und Aber“ dabei wären. — Amerika und England, die Hauptstützen des Weltfriedens rücken auch jetzt, nach dem gewonnenen Kriege ruhig um die Welt weiter und namentlich ihre Flotten werden in wenigen Jahren eine in der Welt unübertroffene Schlagkraft haben. Das wäre schon der sogenannte „Rück“, das „Geld“ ist uns aber näher! Unsere unmittelbaren „Neben Nachbarn“, die Polen, Tschechen, nicht zu vergessen auch die aus dem ferneren Osten drohenden Massen kümmern sich für uns den Teufel um den proklamierten ewigen Frieden. Sie liegen prungbereit und lauern auf den Augenblick, wo wir ohnmächtig auf dem Rücken liegen und ihren Macht- und Raubgelüsten nur noch mit Wehgeschrei und papierernen Protesten begegnen können. Das aber ist nur liebliche Musik in den Ohren von Leuten, denen Dogmatik und Wasserreden beliebige Gesellschaftsspiele sind.

Das Deutsche Reich und möge es eine noch so demokratische oder sozialistische Republik sein — die Staatsform hat nichts damit zu tun — braucht auch in Zukunft eine Waffe, damit es nicht selbst vor dem kleinsten Räuber demütigt auf die Knie zu knien nötig hat. Nicht zum Angriff soll sie dienen, denn wir wollen keinen Krieg mehr, wir, die wir jahrelang an der Front gekämpft sind, allenfalls, spricht die Unwahrscheinlichkeit um ein Volkserbe auf breiter Basis und auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, in fester Disziplin herangebildet und erhalten, kommen wir nicht herum, können wir uns drehen und wenden, wie wir wollen, und mag diese Erkenntnis für Schwärmer und Ideologen auch einen etwas bitteren Beigeschmack haben. Die Staatsnotwendigkeiten sind eben ihrer Natur nach meistens nicht geeignet, bei dem Einzelindividuum angenehme Empfindungen auszulösen.

Bedingungslos darf man ausgeben, daß unsere bisherige Wehrorganisation ihre Fehler und Schwächen hatte, wenn auch nicht in dem Maße, daß sie das „Kreuzige“ verdient, das man ihr bereiten will. Es ist Notwendigkeit, das Heer wieder vollständig zu machen, ist aber, rücksichtslos alles das auszumerzen, was dem im Wege steht. Den Finger an die Wunde, was mit allem, überlebtem Munde, der die Freude am Dienst vergällte, und Neues an seine Stelle! Nicht aber alles zerhacken, vielmehr hinüberbetreten in eine hoffentlich glücklichere Zukunft, was sich tausendfach bewährt hat.

Die Frage, wie groß wir Deutschlands zukünftige Volkserbe gestalten sollen, wird uns wenig Kopfzerbrechen machen; dabei werden die Feinde bei den Friedensverhandlungen ein geschicktes Wort mitsprechen und wir müssen darauf gefaßt sein sowie damit rechnen, daß uns die Schicksale vorgezeichnet werden wird. Das hat zunächst nicht allzuviel zu bedeuten, denn auch unsere finanzielle Leistungsfähigkeit wird uns eine Grenze setzen und uns vor unerlösten Plänen bewahren. Jedes dürfte sich aber in Einklang bringen lassen. Dafür gibt es Beispiele in der Weltgeschichte. Das zu lösende Hauptproblem ist indes, wie unsere künftige Wehrmacht auf- und ausgebaut werden soll, damit sie bei aller notwendigen Schonung unserer wirtschaftlichen Kräfte doch ein nicht zu unterschätzender Faktor im europäischen Konzert bleibt und auch ihren Angehörigen Lust und Liebe am Dienst am Vaterlande erpflückt.

Miles.

Die größte Flotte der Welt. In den Lloyd-Registern wird für 1918/19 die Flotte der Hamburg-Amerika-Linie mit 114 Dampfern und 621 826 Tonnen angeführt gegen 205 Dampfer mit 1 150 590 Tonnen im Registerjahr 1914/15. Selbst nach der Herabsetzung im Jahre 1918/19 bleibt die Flotte die größte Flotte der Welt; die nächstgrößten sind Beninlarin und Oriental (60 Schiffe mit 470 593 Tonnen), Nippon Yusen Kaisha (104 Schiffe mit 467 776 Tonnen). Der Norddeutsche Lloyd wird mit 75 Schiffen und 349 981 Tonnen angeführt.

Der körperliche Zustand des früheren deutschen Kaiserpaars ist nach wie vor äußerst besorgniserregend. Bei beiden Kranken machte das alte Ohren- bzw. Herzleiden weitere Fortschritte, so daß sich fortgesetzt ärztliche Beobachtung und Pflege als dringend notwendig erweist. Eine Besserung im Befinden des früheren Kaiserpaars soll nach Ansicht der Ärzte auch schon wegen der anbauenden seelischen Erregungen, in denen es seine Lage zubringt, nicht zu erwarten sein.

Für 7 Millionen im Berliner Schloß geplündert. Auf so hoch beläuft sich der Schaden, den die Plünderer im Kaiserpalast zu Berlin angerichtet haben. Nicht weniger als 500 Diebe sind nach und nach dort abgefaßt worden. Wie die Banditen haben die Plünderer gehaust und zerhackt, was sie nicht mitnehmen konnten. Besonders wütet sie in den Garderobekammern des Kaiserpaars aus. Alle Behälter sind aufgebrochen worden und die wertvollsten Sachen gestohlen. In einem Zimmer, in dem die den Dieben abgenommenen Wertgegenstände liegen, findet man in wirrem Durcheinander die Orden des früheren Kaisers, silberne Gefäße, die bei einem Essen am Revolutionsstage verwendet und von Dieben fortgeschleppt worden sind, Seidenstoffe und vieles andere.

Sechs Millionen Todesopfer der Grippe. Nach dem Urteil eines medizinischen Mitarbeiters der „Londoner Times“ soll die Grippe während ihres diesjährigen Auftretens in zwölf Wochen auf der ganzen Erde sechs Millionen Menschen den Tod gebracht haben.

Unter dem Verdacht des Giftmordes. Die Bahnhofs-Wirtin Jügel in Bieberose und deren Tochter wurden unter dem Verdacht des Giftmordes im Auftrage des Landgerichts Rottbus verhaftet. Der Bahnhofs-Wirt in Bieberose ist vor einiger Zeit unter verdächtigen Umständen gestorben. Auf Veranlassung seines Schmiedegerhosen fand jetzt die Leichenausgrabung statt, und die Sektion ergab, daß der Tod durch Vergiftung eingetreten war. Die verhaftete Ehefrau hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Erdbeben in Spanien. Aus Madrid wird gemeldet, daß in der Gegend von Bigo ein großes Erdbeben stattgefunden hat, bei dem zahlreiche Gebäude eingestürzt sind. Infolge Berührung der Telegraphenleitung sind noch keine weiteren Berichte über Umfang und Bahnen der Opfer eingetroffen.

### Zeitgemäße Betrachtungen.

„Im neuen Jahr.“

Die Feiertage sind dahin, — verfliehet die Weihnachtskerzen. — Zur Arbeit gehts mit regem Sinn, — jedoch mit schwerem Herzen, — Nach mancherlei wird heut' vermisst, — es drohn noch schwere Stunden, — doch die Regterungsstrife ist — nun wieder überstanden. —

Es darf nicht mehr die Minderheit — beherrschen die Regierung. — So hoffen wir in künftiger Zeit — auf zielbewußte Führung, — daß endlich sie mit fester Hand — eingreift und nicht erschläft, — und in dem deutschen Vaterland — ersehnte Ruhe schafft. — Daß endlich in der Reichshauptstadt — die Schieberei sich lege, — daß auch der Streik ein Ende hat — und jede Hand sich zeige. — Und dennoch ist auch jedes Jahr — ein Kampf noch auszutragen, am 19. des Januar — wird man die Wahlschlacht schlagen.

Der alte Reichstag war einmal, — ihm ist ein Ende bereitet. — Nun ist die Wahl zur Nationalversammlung eingeleitet. — Weil auch die Frau jetzt wählen kann, — muß man sie vorbereiten, — Drum wird hinfürs Frau und Mann — zur Wahlversammlung schreiten. —

Der Jüngling und das Mägdelein, — bisher noch unerfahren, — sie traten in den Wahlkampf ein — mit nunmehr 20 Jahren. — Der Traum der Frauenrechtlerin — erhält jetzt seine Weibchen. — Man eilt zur Wahlversammlung hin — und macht dort bunte Reize. —

Es ist die Gleichberechtigung — gewährt in jedem Falle. — Ob Mann ob Weib, ob alt ob jung, — sie gleiches Recht für alle! — Weg auch der Wahllokal noch das Verhältnis fehlen, — sie darf nach der Verhältniswahl — den rechten Mann jetzt wählen. —

So treten wir ins neue Jahr — mit einer Wahparole, — Blei jeder seine Kräfte dar — zum allgemeinen Wohle. — Nur durch den großen Wahlkampf fährt — der Weg zum Frieden weiter. — Drum frisch an's Werk, wie sich's gebührt, — selbstlos und treu!

(Nachdruck verboten.)

Ernst Heltzer.

# Ämtliche Bekanntmachungen.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung. (Demobilisierungsamt.)

## Verordnung

Bst. m. 48/12. 18. K. R. A. betreffend Verbrauch der für Kriegszwecke zugewiesenen Sparmetallmengen zu Friedenszwecken.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 277 vom 23. November 1918.)

Um den Metall verarbeitenden Industrien und dem Metallhandel zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit möglicher Befreiung metallischer Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, ist die unverzügliche Aufhebung der die Verwendung beratiger Rohstoffe einschränkenden Beschlagnahmebestimmungen für Metalle in Vorbereitung. Zur Vermeidung jeder Verzögerung in der Umstellung von der Kriegsarbeit auf Friedensarbeit sind bereits durch Verfügung des Demobilisierungsamtes vom 14. November d. J. zunächst 20 v. H. der bisher durch Beschlagnahme festgelegten Metallbestände zur Verarbeitung für Friedenszwecke freigegeben worden.

Die Metallbestände rühren nachweislich zum größten Teil aus Zuweisungen für Kriegszwecke her, die den Firmen aus Beständen der Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft (für Zink auch bei der Zinkfällungsvereinigung und dem Verband deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H.) zugewiesen worden sind. Diese Zuweisungen sind für Kriegszwecke zu Vorzugspreisen erfolgt, die unter den Selbstkosten liegen.

Durch die Befreiung der für Kriegszwecke zu Vorzugspreisen zugewiesenen Bestände würde den verarbeitenden Betrieben und dem Handel bei Verwendung der nunmehr freigegebenen bzw. noch freizugebenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus Reichsmitteln zufließen, und zwar auf Kosten der für die Beschaffung der Metalle durch Enteignung und dergleichen in Anspruch genommenen Allgemeinheit. Es wird daher hiermit, insbesondere in Rücksicht auf den gleichfalls unmittelbar bevorstehenden Fortfall der Metallhöchstpreise, auf Grund der Ermächtigung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 angeordnet:

Für alle am 19. November vorhandenen Bestände an noch nicht verarbeiteten Metallen laut nachstehender Aufstellung, die auf Zuweisung für Kriegszwecke aus den Beständen der Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft bzw. bei der Zinkfällungsvereinigung oder bei dem Verband deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H. zur Lieferung gelangt sind, haben die Eigentümer dieser Bestände den sich aus nachfolgender Aufstellung ergebenden Unterschied zwischen Vorzugspreis und Grundpreis (letzterer entspricht dem derzeitigen Durchschnitts-Einkaufspreis der Metalle) an die Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft, Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zugunsten des Reichsfiskus abzuführen, soweit die Metalle nicht nachweislich zu dem bei der Zuweisung ausgesprochenen Zweck inzwischen verwendet und abgeliefert worden sind bzw. noch verwendet und abgeliefert werden.

Table with 5 columns: Material, Quantity, Price 1, Price 2, Price 3. Rows for Copper, Zinc, Nickel, Iron, Aluminum.

Demnach abzuführen: 100,- 300,- 300,- 50,- 100,-.

Vorstehende Anordnung ist auf Legierungen und Verbindungen, sowie auf alle sonstigen gelieferten Sorten der vorstehend genannten Metalle, z. B. Feingut, Zinkblech, Stahlguss usw., sinngemäß in Anwendung zu bringen.

Diejenigen Firmen, die nicht gewillt sind, die von dieser

Verordnung betroffenen Rohstoffe, Legierungen und Verbindungen zum Grundpreis zu verwenden, haben behufs Rückführung der Mengen zum ursprünglichen Zuweisungspreis an die Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft mittels eingeschriebenen Briefes bis zum 10. Dezember 1918 Mitteilung an die Metallmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abt. H), Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu erlassen.

Anfragen, die diese Verordnung betreffen, sind an die Metallmeldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abt. H), Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

Berlin, den 18. November 1918.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung. (Reichsdemobilisierungsamt.) Roeth.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 830/11. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Demobilisierungsamtes und auf Grund der Bundesratsverordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) wird folgendes angeordnet:

- Artikel 1. Die Bekanntmachungen M. 6172/2. 15. K. R. A. vom 15. März 1915, betreffend... M. 15/12. 15. K. R. A. vom 15. Dezember 1915, betreffend... M. 1/4. 15. K. R. A. vom 1. Mai 1915, betreffend... M. 122/3. 18. K. R. A. vom 1. September 1918, 3. Nachtrag-Bekanntmachung zur Bekanntmachung M. 1/4. 15. K. R. A.

werden hiermit aufgehoben. Sparmetalle dürfen jedoch nur insoweit verwendet werden, als sich Ersatzmetalle nicht verwenden lassen.

Artikel 2. a) Es werden hiermit aufgehoben: Die von den Kriegsministrien ausgesprochenen, den Betroffenen namentlich zugestellten, Sonderbeschlagnahmen von solchen Metallen, die von der Bekanntmachung M. 1/4. 15. K. R. A. betroffen wurden.

b) Es werden hiermit widerrufen: Die Einzelenteignungen von Metallen, die auf Grund der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 382) nebst Änderungen vom 9. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 645), 25. November 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 778), 14. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1019), 4. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 318) und der Neufassung dieser Bekanntmachung vom 26. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 376) nebst Änderung vom 17. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 87) ausgesprochen worden sind, insoweit in ihnen auf die Metall-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung als derjenigen Stelle hingewiesen worden ist, mit der wegen Anfragen, Freigaben usw. in Verbindung zu treten war. Insbesondere fallen hierunter die Einzelenteignungen von Sparmetallen, also von Metallen, die auf Grund der Bekanntmachung M. 325/7. 15. K. R. A. vom 31. Juli 1915 und M. 8/1. 18. K. R. A. vom 26. März 1918 beschlagnahmt waren.

Artikel 3. Das Einberufungsmandat mit dem in Artikel 2b) ausgesprochenen Widerruf der Enteignungen wird angenommen, falls nicht bis zum 15. Januar 1919 durch eingeschriebenen Brief bei der Metall-Meldestelle (Abt. R) der Kriegs-Rohstoff-Abteilung in Berlin W 9, Potsdamerstraße 10/11, Einspruch erhoben wird. Trotz des Widerrufs der Enteignungen können entzignete

Gegenstände noch bis zum 15. Januar 1919 zu den in den Bekanntmachungen genannten oder dem bereits vereinbarten Übernahmepreise abgeliefert werden.

Artikel 4. Unberührt bleibt die Verpflichtung, vertraglich an die Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft zu liefernde Mengen zur Ablieferung zu bringen.

Artikel 5. Es wird auf die Verordnung des Demobilisierungsamtes, betreffend „Verbrauch von für Kriegszwecke zugewiesenen Sparmetallen zu Friedenszwecken“ vom 18. November 1918 hingewiesen, nach der für die in Frage kommenden Metalle und ihre Legierungen sich ergebende Unterschied zwischen dem Vorzugspreis und dem Grundpreis an die Kriegsmetall-Wirtschaftsgesellschaft in Berlin W 9, Potsdamerstr. 10/11, zugunsten des Reichsfiskus abzuführen ist.

Artikel 6. Diese Bekanntmachung tritt am 25. November 1918 in Kraft. Berlin, den 25. November 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. Wolffhügel.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 180/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel 1. Die von den Kriegsministrien ausgesprochenen, den Betroffenen namentlich zugestellten Beschlagnahme-Befragungen über Wolphbdän werden hiermit aufgehoben.

Artikel 2. Diese Bekanntmachung tritt am 6. Dezember 1918 in Kraft. Berlin, den 6. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. Wolffhügel.

## Bekanntmachung

Nr. F. R. 160/12. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

Artikel 1. Die Bekanntmachung Nr. M. 3500/12. 16. K. R. A., betreffend Höchstpreise für Zink, vom 31. Januar 1917 tritt außer Kraft.

Artikel 2. Diese Bekanntmachung tritt am 6. Dezember 1918 in Kraft. Berlin, den 6. Dezember 1918.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung. Wolffhügel.

Dentist Schmidt Oldenburg, Gortorstr. 1 (gegenüber der Landesbank), Tel. 1286. Atelier für moderne Zahnheil- und Ersatzkünde. Sprechstunden: 9-1 vormittags, 2-6 nachmittags, Sonntags von 9-12 Uhr.

## Der Traum in Feindesland.

Roman von Julius Schoenthal.

80] (Nachdruck verboten.)

Darf ich bei Ihrem Vater um Ihre Hand anhalten? — Ich möchte diese Frage aber nicht ausprechen, ohne noch einiger persönlicher Einzelheiten Erwähnung getan zu haben.

Sie wissen ja aus den Begegnungen das meiste über mich, daß ich Kanadier bin, in der Gegend von Ottawa eine Farm besitze, nicht reich, aber wohlhabend bin, wissen auch, daß ich jetzt im Generalstab eine auskömmliche Stellung bekleide. Sie brauchen als meine zukünftige Frau nur den Wunsch zu äußern und ich kehre nie mehr nach Amerika zurück. Die Farm wird verkauft und ich bleibe Offizier im Generalstab, wo man mich wohl weiter verwenden wird.

Ich bin auch der Meinung, daß Sie in den wenigen Tagen, die es mir verbleibt, mit Ihnen unter einem Dache zu atmen, schon Gelegenheit hatten, über die rein menschlichen Garantien ins reine zu kommen, die ich zu bieten vermöchte.

Wenn ich heute bereits die entscheidenden Fragen an Sie zu richten wage, so mag dies vielleicht übereilt erscheinen; aber der Krieg und die hierdurch bedingten außerordentlichen Verhältnisse, die uns zusammengeführt, rechtfertigen dies ebenso sehr wie der tatsächliche Umstand, daß man sich in wenig Tagen ununterbrochen Bekanntschafts wohl rascher kennenlernt, als wenn man sich alle paar Wochen in feilschenden Gesellschaften gesehen und nur flüchtig gesprochen hätte.

Ich selbst, Ohlbad, bin nicht mehr jung genug, um wie ein Jüngling von Eton College Feuer zu fangen, noch schon zu alt, als daß meine Liebe wie ein Strohhalm zerbrechen könnte.

Ohlbad, der Vater wartet auf Antwort. Sagen Sie bitte nicht nein! Und wenn Sie heute noch nicht durch ein Ja sich binden können, wenn Sie mich länger wissen wollen, dann rauben Sie mir wenigstens die Hoffnung

nicht! Sind Sie aber über mich im Klaren, so bitte ich, sich verheiratet halten zu wollen, daß Ihr Ja zum Halbgott macht.

Ihren getreuen ergebenden Langford, Hauptmann im Großen Generalstab.

Er überflog die Zeilen mehrmals mit ingrinniger Befriedigung. Bei Gott, das war der sonderbarste Liebesbrief, den er sich denken konnte. Er war nicht ungeheißert und würde seinen Zweck bei einer Witin sicher nicht verfehlen. So nebenbei mußte das Vorwort nicht beachtet werden, als könne ihm gar keine ernste Bedeutung beigegeben werden; so hätte man's am besten aus der Welt.

Selbstverständlich würde sie ihm eine Abjage erteilen. Daran war nie und nimmer zu zweifeln. Er war für Sie die Krone einiger Stunden, Tagebuchblätter eines Daafischs, Ausflugsgerinnungen einer Sommerfriseurin. Sie würde schon als Erbbin des Zeitungsbüros niemals die Hand einem bürgerlichen Offizier ohne Namen und Beziehungen reichen. Solche Herren läßt man sich zu Tisch, mit solchen Herren künzelt man, man läßt sie diefeln und läßt sich von ihnen lieben, aber... man heiratet sie nicht, am wenigsten dann, wenn man Lady Edith heißt, oder... er müßte ein solcher Menschenfeind sein.

Aber ob er wirklich mit diesem gehäufelten Liebesbrief den Einbruch der verachteten deutschen Worte vermeiden würde? Ob sie ihm nun glauben würde, daß er ein hübscher Offizier sei?

Er sog die Uhr... Zu dumm! Der Vater mußte doch längst zurück sein... Er hatte das Gefühl, als würden seine Nerven zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben.

Die Rauchwolken paffte er vor sich hin, als wollte er sich in einen Nebelhaufen einpuppen. Dann schnittete er den Inhalt des Briefkopfes in einen Becher des Daafischs und hand auf.

Wenn's nicht um Hals und Kopf ginge, wäre die Sache eher lustig gewesen. Teufel auch! Es war doch spasshaft, einer Dame einen Liebesbrief zu schreiben, nur um einen

Korb zu bekommen. Aber — er erlaubte — wenn er nun Gefühle durch diesen Brief in ihr erweckte, die er niemals aufrichtig für sie gehabt, wenn sie ihm nun ihr Jamort gab, dürfte er, um Hals und Kopf zu retten, das glückliche Spiel so weit treiben? Sie, womöglich gar mit ihr verloben. Freilich, an den Verloben der Lady Southtriffe mochte sich ja leicht kein Verdacht heran... Aber in diesen Dingen heuchelt!

Gemü, im Kriege war jede List erlaubt, — verfließ sich, im Kampfe, Mann gegen Mann. Wenn man mit einer Ange, mit Verstellung und Tücke das Leben von tausenden braver Landsleute retten kann, — sei's drum! Man führte den Krieg nur um des Friedens willen, und um den herbeizuführen, war jedes Mittel recht, — ja wohl jedes! Unbedenklich!... Nur... nur das nicht!

Er fränkte sich dagegen, um solcher Männerzwecke willen den Ruf einer Dame zu gefährden, obgleich... Das mußte wohl der alte, unausrottbare Linsnetzbaglaube der Deutschen sein, der dem Zweifel in seinem Herzen zum Durchbruch verhalf. Und da erwachte mit einem Male Groll und Haß gegen dieses Weib in ihm, das ihm sein Geheimnis zu entlocken gewußt. Gewiß, das ist recht! Das sollte seine Rache sein! Seine Rache!

Das heißt... nein, er wollte nicht darüber nachdenken. Nicht darüber! Wer denkt, zweifelt. Wer zweifelt, strauchelt. Wer strauchelt, fällt. Und er mußte, sollte, wollte blindlings-aufrecht den Weg verfolgen, den zu beschreiten ihm die Vorhehung auflegte.

Seine Gedanken wanderten ab. Vielleicht schlummerten im Hintergrunde seiner Seele gleich unerlösten Blüten andere Pläne.

Er erinnerte sich des alten Palastes am Endeplatz, wo Marianne von Dogenhufen ihre Tage der Trauer um die hinweggegangene Schwester hinbrachte.

War's wirklich nur Mitleid mit der Trauernden, Mitleid mit der einsamen Seele, die hier dürrte? Oder war's... mehr? Nein! Nicht denken! Nicht denken! Er wollte es nicht wissen, durfte es nicht!

(Fortsetzung folgt.)

# Der Ammerländer

(Gesamtpreis Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis für Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Kaiserl. Postmarken und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verantwortlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Plagioschriften bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 5.

Westerstede, Dienstag den 7. Januar 1919.

59. Jahrgang

## Polstische Rundschau. Deutsches Reich.

• Eine Warnung vor übertriebenen Lohnforderungen erläßt die preussische Regierung und sagt u. a.: Die Lohnbewegung unter der Arbeiterschaft hat in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entwicklung genommen, die die schwersten Beschränkungen erfordern und weite Gebiete der Gütererzeugung zum Erliegen bringen muß. Die beklagenswerte, aber unvermeidliche Folge davon kann nur Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend sein. Die Betriebe des Staates unterliegen in dieser Beziehung den gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie die privaten. Weder Bergbau und Eisenbahn noch alle übrigen Staatsbetriebe können es längere Zeit ertragen, daß ihre Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Diese Gefahr ist aber bereits in bedrohlicher Nähe eingetreten. Es wird deshalb zur gebieterischen Pflicht der Staatsregierung, dem Anwachsen der Lohnansprüche über das Maß des Erträglichsten hinaus mit Festigkeit entgegenzutreten.

• Neue schwere Streifenruben in Königshütte haben zu Blutvergießen geführt, wobei es 20 Tote und viele Vermundete gab. Die Streifenruben die Vergewaltigung zu führen. Die Polizei war machtlos, sie wurde von der Menge entwaffnet und misshandelt. Als darauf die Marburger Jäger eingriffen, entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht, wobei die Streifenruben aus einander getrieben wurden.

• Die eine Zeit drohende Tschechengefahr für Sachsen ist vorbei, da Präsident Masarik ein Gegner der über die tschechisch-böhmische Grenze hinausgehenden Annexionsbestrebungen ist. In Prag besteht der Wunsch, vor allem mit Bayern und Sachsen in gutnachbarliche Beziehungen zu treten. Es wird namentlich ein bevorzugter Austausch landwirtschaftlicher und industrieller Produkte zwischen der tschechisch-slovakischen Republik und Sachsen angestrebt, und zwar dergestalt, daß die Prager Regierung Lebensmittel gegen Maschinen und technische Fertigfabrikate liefern will. Auch ist beabsichtigt, die tschechische Industrie für einen sogenannten Veredelungsverkehr mit der tschechisch-slovakischen Republik nutzbar zu machen.

• Inzwischen ist die Demission aller preussischen Minister erfolgt, da auch die mehrheitssozialistischen Minister dem Zentralkomitee ihre Ämter zur Verfügung gestellt haben. Der Zentralkomitee wird sich über die Besetzung der preussischen Ministerien schlüssig werden, wenn die Berichte über die bisherige Amtsführung eingelaufen sind. Bekanntlich hatten bei dem Austritt der Unabhängigen aus der Reichsregierung deren mehrheitssozialistische Mitglieder mit Ebert an der Spitze ihre Ämter zur Verfügung gestellt, wurden aber wieder befristet.

• Es gibt keine Stellvertretung bei den Wahlen. So selbstverständlich das scheint, so ist doch vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Frauen und Mädchen bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sich durch ihre Ehemänner oder Väter vertreten lassen können. Das ist natürlich nicht der Fall. Jede wahlberechtigte Frau und jedes Mädchen muß selbst am 19. Januar an die Wahlurne herantreten und die Wahlstimme persönlich abgeben. Eine Vertretung ist in keinem Falle gestattet. Wer nicht selbst erscheint, geht seines Wahlrechtes verlustig. Auch schriftliche Mitteilungen sind zwecklos; ebenso sind Wahlstimmen mit Stützen unzulässig.

### Österreich.

• Über die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland hat sich der Präsident der Nationalversammlung Dinghofer näher ausgesprochen. Er meint, darin dürften alle übereinstimmen, daß Deutsch-Österreich für sich allein in Zukunft nicht existieren können. Ich persönlich, sagte er weiter, sehe trotz der vielen wirtschaftlichen Bedenken, die mit dem Anschluß verbunden sind, unter Heil im Anschluß an das Deutsche Reich, wobei ich mich freilich nicht den Wünschen verlegen kann, daß dort bald geordnete Zustände eintreten mögen. Damit befinne ich mich übrigens durchaus nicht als Gegner eines freundschaftlichen Verhältnisses zu den umliegenden Staatsgebilden, die auf dem Boden der alten Donaumonarchie entstanden sind. Ich habe die Überzeugung, daß das eine das andere nicht ausschließt.

### Rußland.

• Einen Antrag auf Friedensverhandlungen mit der Entente hat die Sowjetregierung gestellt, und zwar durch Vermittlung des Gesandten in Stockholm. Rußland drückt in der Note den Wunsch aus, eine friedliche Lösung aller unentschiedenen Fragen herbeizuführen, welche Anlaß zu fortwährenden Feindschäften zwischen den betreffenden Ländern geben könnten.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie behauptet wird, hält sich der bekannte Bolschewistenführer Kadek noch immer in Berlin auf. Durch den ehemaligen Berliner Gesandten der Sowjetrepublik, Sofke, hat sich wieder Willen der Regierung in Berlin eingeschunden.

Berlin. Der Volksbeauftragte Noke hat erklärt, daß er seine Stellung als Gouverneur von Kiel nebenbei noch versehen will.

Berlin. Die Überwachung der Charlottenburger Polizei durch militärische Sicherheitsorgane ist vom dortigen NSR als überflüssig aufgehoben worden.

Bism. Der englische Militärgouverneur im besetzten Gebiet hat das Führen der deutschen Fahne zu Lande und zu Schiff verboten.

Mannheim. Wie verlautet, soll Prinz August Wilhelm in den Dienst der Benz-Gesellschaft getreten sein.

Wien. Das Prot. welches aus dem von der Entente zur Verfügung gestellten Wehl hergestellt wird, dürfte voraussichtlich nicht weniger als 6 Kronen 20 Heller der Laib kosten. Man denkt daran, die Wehrkosten aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Sudwest. Der Ministerrat ermächtigte den zuständigen Minister, einen Vorgesetzten auszubereiten, der die Abelsprädikate und Titel aufhebt.

Daag. Zu dem Bericht, daß zwischen der niederländischen und der englischen Regierung Übereinstimmung über die Stellung des deutschen Kartells erzielt worden sei, erfährt das Korrespondenzbüro, daß der niederländischen Regierung hierüber nichts bekannt ist.

Amsterdam. Wie die „Times“ melden, traf Baderevski in Begleitung eines britischen Obersten in Warschau ein. Er wurde mit einem Badelzug empfangen.

Genf. In Metz hat der französische Regierungskommissar eine neue Handelskammer ins Leben gerufen, deren Vorsitzender der Industrielle Robert de Wendel ist.

Sasel. Der 2. Vizepräsident der Lebensmittelverwaltung der Vereinigten Staaten und der Getreidekommission Edward M. Welch ist am 1. Januar von St. Louis nach London abgereist, um die Verteilung aller für Europa bestimmten Lebensmittel zu übernehmen.

Rom. Wilson traf hier ein. Am Bahnhof wurde er von dem König, der Königin, den Ministern und den Weibern empfangen. Eine ungeheure Menschenmenge begrüßte ihn mit großer Begeisterung.

Genf, 5. Januar. Aus Tokio wird gemeldet, daß nach einer Erklärung des japanischen Kriegsministers die Hälfte der in Sibirien lebenden japanischen Truppen in nächster Zeit in die Heimat zurückgezogen wird.

Paris, 5. Januar. Amlich wird bekanntgegeben, daß die Alliierten im Verein mit den Vereinigten Staaten geschlossen haben, einen Rat, bestehend aus zwei Vertretern jedes Landes zu schaffen, um die Lebensmittelversorgung und Unterstützung der Neutralen, der besetzten und der feindlichen Gebiete zu organisieren. Die Alliierten haben Wilson mitgeteilt, die Regierung der Vereinigten Staaten möchte bei dem Hilfsdienst die Leitung übernehmen. Der amerikanische Vertreter Hoover wird die Leitung des Hilfsdienstes übernehmen. Wilson ersuchte Hoover, die erste Sitzung sofort einzuberufen.

## Wisna geräumt!

General Foch und die Polen.

Berlin, 4. Januar.

Am 4. Januar ist Wisna von den deutschen Truppen geräumt worden. Ein Telegramm des Generalfeldmarschalls Foch hat darum erucht, den Polen die Möglichkeit nicht zu unterlassen, Truppen nach Litauen zu werfen, um dem Vormarsch der Bolschewisten zu begegnen.

Die Litauer haben ebenfalls um Waffen erucht, um sich gegen die anrückenden Bolschewisten verteidigen zu können. Eine Verständigung zwischen Polen und Litauern ist bisher nicht erzielt worden, trotzdem die von den Bolschewisten drohende Gefahr ständig wächst. — In Stockholm ist ein Büro eingerichtet worden, das Freiwillige für den Kampf der Letzen gegen die Bolschewisten anwerben soll. Es erfolgen täglich zahlreiche Anmeldungen. Der Leiter des Büros, Leutnant Angman, erklärte, daß man beachtliche, eine Einheitsfront durch Estland, Livland, Kurland und Litauen gegen das bolschewistische Rußland aufzustellen. Der russische General Judenitsch, der Eroberer von Egermen, sei gebeten worden, sich an die Spitze der Kriegsexpeditionen zu stellen und habe sich über Finnland nach Estland und Letland begeben. Der Chef für die schwedischen Truppen sei noch nicht ausgerechnet.

## Verstärkter Grenzschutz im Oden.

Aufstellung eines disziplinierten Freiwilligenheeres.

Berlin, 4. Januar.

Wie von gut unterrichteter Seite berichtet wird, hat die Regierung in Verbindung mit dem Zentralkomitee den festen Entschluß gefaßt, den Grenzschutz im Osten auszubauen. Die einzelnen Ressorts sind mit der schleunigsten Anbahnung der notwendigen Vorbereitungen befaßt. Es wird ein Aufruf zur Bildung einer Freiwilligenwehr ergehen.

In die Freiwilligenwehr sollen nur kriegserfahrenen Soldaten aus guten Truppenteilen aufgenommen werden. Es wird tadellose Disziplin und unbegingter Gehorsam verlangt. Die Lösung beträgt: Grundgehalt 40 Mark, 5 Mark tägliche Zulage, ferner 4 Mark Walfenzulage täglich. Alimonatlich 20 Mark Extrapremie neben freier Verpflegung.

Berlin, 5. Januar. Der polnische Vormarsch hat beschleunigteres Tempo angenommen. Der Verkehr mit Schneidemühl ist unterbrochen. In Gnesen werden die Polen Truppen an. Sie wollen ein Heer zur Loslösung Westpreußens aufstellen. Die deutsche Bevölkerung verläßt fluchtartig Bromberg. Die Eisenbahn Bromberg—Gnesen ist von den Polen besetzt.

## Die Polen vor Benfischen.

Ultimatum zur Räumung des Bahnhofs.

Berlin, 4. Januar.

Wie ein hiesiges Blatt berichtet, sollen die Polen weiter nach Westen vorgedrungen und bis vor die Stadt Potsdam an das Kommando des deutschen Grenzdienstes und forderten die Übergabe des Bahnhofs, was von dem deutschen Befehlshaber abgelehnt wurde. Die Polen sollen überhaupt keine große Stärke haben trotz vieler Willkäufer; immens aber wird die Lage infolge der Tatenlosigkeit der Regierung als äußerst gefährlich bezeichnet. Der Bahnhof Benfischen ist ein wichtiger Eisenbahnhaltspunkt, da hier fünf Eisenbahnlinien sich treffen.

## Polizeiskandal in Berlin.

Das Schlußwort des Polizeipräsidenten.

Berlin, 4. Januar.

Die Verhältnisse bei der Polizei der Reichshauptstadt haben nachgerade unter der Leitung ihres jetzigen Präsidanten Eichhorn Formen angenommen, die nicht mehr veranlaßt haben. Bei seiner Vernehmung durch die Minister Ernst und Hirth wurde Eichhorn vorgeworfen, daß er seit der Revolution es noch nicht für nötig gehalten habe, der Regierung auch nur einen einzigen Tätigkeitsbericht vorzulegen, wie es seine Pflicht erfordert hätte. Eichhorn entschuldigte sich damit, daß er durch Mangel an Geschäftserfahrung

und die Überfülle seiner Arbeit nicht dazu gekommen sei. Auch hat die Regierung bis heute noch keinen Bericht über die neuerliche Verhaftung des Leiters des Sicherheitsdienstes Brink unter dem Verdacht des Vorklages, noch über die Entziehung eines Sicherheitsbeamten durch einen Matrosen, weder über die Vorgänge beim Matrosenpuff in der Reichstanzlei und Kommandantur am 23. Dezember, noch über den Übertritt eines Teiles des Sicherheitsdienstes zu den Matrosen am 24. Dezember, weder über die Entziehung verstreuter Teile der Regierungstruppen durch Sicherheitsmannschaften am 24. Dezember, noch über die

Absführung von Offizieren unter Mißhandlungen auf das Polizeipräsidium. Auch hier wandte der Polizeipräsident Mangel an Geschäftserkenntnis und Zeit ein. Auch wird Eichhorn von der Regierung der Vorwurf gemacht, daß er in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident eine Menge spärlicher Arbeiter bewaffnet habe, die mit dem Polizeisicherheitsdienst nichts zu tun hätten. Es soll sich um 1600 Arbeiter handeln. Trotz gegenteiliger Beweise bestreitet Eichhorn dieses. Unblich darf noch als erwiesen gelten, daß

### Eichhorn im Solde Rußlands

steht. Hierüber berichtet der Vorwärts folgendes: „Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, bestehen auch jetzt noch Beziehungen zwischen der Petersburger Telegraphenagentur und dem Polizeipräsidium fort, zum mindesten die finanziellen Beziehungen. Erst in den allerletzten Tagen, im neuen Jahre, hat der Polizeipräsident Eichhorn von der „Mosa“, wie unumwunden feststeht, 1400 Mark in einem Einzahlungsbrief erhalten. — Offenbar bezieht Eichhorn sein Gehalt von der russischen Telegraphenagentur unentgeltlich weiter, was allerdings für einen Berliner Polizeipräsidenten einen Gipfelpunkt darstellt.“

Berlin, 5. Januar. Der preussische Minister der Innern hat die Entlassung des Polizeipräsidenten von Berlin, Eichhorn, verfügt. Minister Eugen Ernst hat sich bereit erklärt, neben der Beibehaltung seiner bisherigen Funktionen auch die Leitung des Polizeipräsidiums zu übernehmen. Der bisherige Polizeipräsident Eichhorn erklärt einem Pressevertreter, er habe sein Amt noch nicht nieder gelegt.

Dresden, 5. Januar. Aus Berlin erfahren die Dresdener Nachrichten, daß die neue Reichsregierung beschlossen habe, energisch gegen den durch die Spartakusleute im ganzen Reich betriebenen Terror einzuschreiten. Die Waffen, in deren Besitz sich die Spartakisten gesetzt haben, sollen baldigst beschlagnahmt, polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen gegen Terror und Propaganda der Tat ergriffen werden.

Cuxhaven, 5. Januar. In den letzten Tagen fand hier eine lebhaft bewegte Sitzung statt, die sich gegen den bisherigen Arbeiter- und Soldatenrat richtete. Diese Bewegung ging hauptsächlich von einer Vereinigung von Unter- und Deckoffizieren aus, und sollte eine andere Zusammenlegung des Arbeiter- und Soldatenrates, dem man Übergriffe vorwarf, erzwingen. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärte die gegen ihn gerichtete Bewegung für gegenrevolutionär und traf entsprechende Maßnahmen. Im Laufe der Wirren wurde das Ständrecht über Cuxhaven verhängt und angelegene Bürger als sogenannte Geiseln eingesperrt. Der A. S. N. gibt jetzt bekannt, daß die Gegenrevolution unterdrückt und das Ständrecht wieder aufgehoben sei.